

tendenz

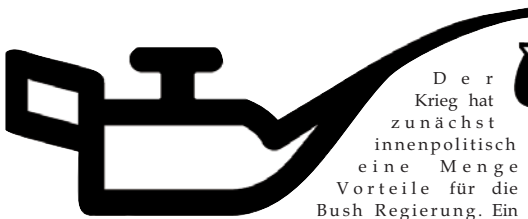


Zeitung der JungdemokratInnen / Junge
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

2	ANTIMIL	4	EMANZIPATION	5	radZ	9	ANTIFA	10	GLOBAL
	Warum gegen den Krieg sein auch gegen die Regierung zu sein bedeutet.		Warum Tony Blairs Demontage des Flüchtlingschutzes auch für Männer zum Heulen ist.		Warum unsere Omis bald Amok laufen werden.		Warum Burschenschaften noch nicht der Vergangenheit angehören.		Warum GATS die Welt zu Ware macht.

Über Gründe und Motive der US-Regierung

Ein Krieg für Gerechtigkeit? Ein Krieg für Öl?



internen Problemen u.a. in der Wirtschaftspolitik ab und demonstriert Stärke. Außerdem dient er unmittelbar der Stärkung der einheimischen Waffenindustrie. Die in den

USA sehr einflussreiche Waffenlobby wird zufrieden gestellt, weil ein Krieg natürlich nicht nur neue Aufträge bedeutet, sondern nicht selten auch zum 'Testen' neuer Waffensysteme dient.

Die USA führen diesen Krieg ausschließlich im Verbund mit Großbritannien. Die ablehnende Haltung des UN-Sicherheitsrates hat die Kriegscoalition ignoriert. Trotz der deutlichen Drohung mit der Verdammung zu Bedeutungslosigkeit, haben die übrigen Staaten im UN-Sicherheitsrat sich dem Druck der USA aus vielfältigen Gründen nicht gebeugt. Seitdem sprechen die USA vom 'Versagen' der UNO im Kampf um den Weltfrieden und gegen Diktatoren. Sie vertreten die Auffassung, dass die UNO ihrem Zweck der Friedenssicherung nicht angemessen nachkommt und die USA samt Verbündeter somit allein handeln müssen. Diese Diffamierungen haben ein klares strategisches Ziel: Die UNO soll nach dem Willen der USA künftig gefügiger werden. Die USA stellen mit dem Irakkrieg einmal mehr ihren globalen Hegemonieanspruch heraus, den sie am liebsten mit einer schwachen und folgsamen UNO durchsetzen würden. Auch diese Strategie könnte eine Motivation für den Krieg sein. Die UNO zunächst erpressen und nach erfolgloser Erpressung gezielt als zu schwach diffamieren um sie in Bezug auf künftige Entscheidungen schon mal präventiv unter Druck zu setzen, ist eine nicht unbedingt erfolgreiche Strategie den eigenen Hegemonieanspruch durchzusetzen.

In der etwas platten Parole „Kein Blut für Öl!“ wird unterstellt es ginge den USA nur um Ölressourcen im Irak. Angesichts der Tatsache, dass sich das Verhältnis zwischen den USA und ihrem bisherigen Hauptverbündeten in der OPEC Saudi-Arabien infolge des 11. September massiv verschlechtert hat, ist es für die USA in der Tat nicht unwichtig, die Kontrolle über die Ölressourcen des Irak zu erlangen. Es wird jedoch ein wichtiger Zusammenhang verkannt, wenn behauptet wird es ginge den USA nur um die Kontrolle über Ölvorkommen: Es geht vor allem um Einfluss und Hegemonie im Mittleren Osten. Auch hier spielt das Öl vermittelt

eine gewichtige Rolle - in Form der Dollarbindung des Ölmarktes.

Bis vor einiger Zeit wurde Öl weltweit ausschließlich in Dollar gehandelt. Dies brachte für die US-Wirtschaft zahlreiche Vorteile. Die US-Wirtschaft leidet seit Jahren unter einem Handelsbilanzdefizit, d.h. die Importe übersteigen die Exporte. Weil der Dollar globales und nationales Zahlungsmittel zugleich ist und die USA jederzeit Dollar produzieren können, sind sie in der Lage dieses Defizit zu finanzieren. Dieser Mechanismus trägt normalerweise zu einer inflationären Entwicklung und Schwächung einer Währung bei. Solange

aber Erdöl weltweit in Dollar gehandelt wird, ist auch die Nachfrage nach Dollars weltweit hoch, weil alle ihr Öl in Dollar bezahlen. Diese starke Nachfrage erlaubt es den USA trotz des Handelsbilanzdefizits eine stabile Währung zu haben. Mittlerweile wird jedoch immer mehr Öl in Euro gehandelt. So berechnet beispielsweise der Irak sein Öl seit dem Jahre 2000 in Euro. Die Dollarbindung des Ölmarktes bröckelt und somit auch der stabilisierende Effekt auf die US-Wirtschaft. Um die Kontrolle über den Ölmarkt zurück zu erobern und Einfluss darauf zu nehmen in welcher Währung gehandelt wird, brauchen die USA den direkten Zugriff auf ein ölexportierendes Land. Da bietet sich der Irak, der ja ohnehin schon seit

Der Krieg gegen den Irak ist in vollem Gange. Mittlerweile ist das Regime Saddam Husseins beseitigt, das Land in vielen Teilen zerstört. Auch wenn die USA bereits ihren Sieg feiern, der Krieg und vor allem das Elend im Irak sind noch lange nicht zu Ende. Warum aber wurde dieser Krieg geführt? Welche Gründe jenseits der offiziellen Legitimation der US-Regierung, dass dieser Krieg für Demokratie und gegen Massenvernichtungswaffen geführt wurde kommen in Betracht?

Jahren im Visier der Kriegsstrategen ist, geradezu an. Der Krieg gegen den Irak wird nicht für Demokratie und Gerechtigkeit geführt. Es geht um unterschiedliche benennbare ökonomische Interessen, die vor dem Deckmantel globaler 'Friedenssicherung' legitimiert werden sollen.

Der Kommentar

Ausreisezentren: Betreuung bis zur Kapitulation

Dass sie unter fehlender Kreativität leiden, lässt sich den deutschen Ausländerbehörden wirklich nicht vorwerfen. Eine ihrer neueren Repressionssideen gegen Flüchtlinge sind so genannte Ausreisezentren - Abschiebe-Lager, in die Flüchtlinge mit gültigem Aufenthaltstatus eingewiesen werden, um sie zur schnelleren, 'freiwilligen' Ausreise zu bewegen.

Vor zehn Jahren wurde mit dem sogenannten Asylkompromiss das Asylrecht quasi abgeschafft. Menschen, die es auf der Flucht vor fehlenden Lebensperspektiven, Krieg oder politischer Verfolgung trotzdem wagen, hier nach Schutz zu suchen, werden meist abgewiesen. Asyl und damit ein gesichertes Aufenthaltsrecht erhalten die Allerwenigsten. Den meisten droht die Abschiebung zurück in die Situation, aus der sie geflüchtet sind. Doch nicht immer kann diese zügig und problemlos durchgeführt werden - etwa bei Unklarheiten über das Herkunftsland der Betroffenen oder fehlende Papiere.

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1995 darf Abschiebehaft nicht als Beugehaft missbraucht werden. Sie darf nur dann verordnet werden, wenn die Abschiebung in absehbarer Zeit auch tatsächlich möglich ist - ein Urteil, das in der Praxis häufig missachtet wird. Trotzdem nahm es den Innenministern ein wichtiges Druckmittel gegen geduldete Flüchtlinge. Also erfanden sie kurzerhand ein Neues: Als Modellversuch wurden 1998 die ersten 'Ausreisezentren' eingerichtet: Flüchtlinge mit Duldungsstatus (!) werden in Lager zwangseingewiesen, die sich durch ein Bündel freiheits- und leistungsbescheidender Maßnahmen auszeichnen, darunter Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Leben hinter Gittern, regelmäßige Verhöre, Bewachung durch private Sicherheitsdienste, Botschaftsvorfürungen, Entzug des ohnehin geringen 'Taschengeldes', Arbeitsverbot, Verpflegung durch Lebensmittelpakete, Zimmerdurchsuchungen, Meldepflichten und Anwesenheitskontrollen.

Während Günther Beckstein, bayerischer Innenminister, diese menschenrechtswidrige Praxis als „rückführungsorientierte Betreuung und Beratung“ beschönigt, beschreiben andere die Funktion von Ausreisezentren unverblümt: „Das Vorhandensein einer solchen Einrichtung hat in dem bisher bestehenden System zwischen dem einzigen Druckmittel Abschiebehaft und letztendlich Kapitulaton eine wichtige Lücke geschlossen“, so Dietmar Martini-Emden, zuständiger Beamter für das Ausreisezentrum Ingelheim in Rheinland-Pfalz. Auch die Auswirkungen auf die Betroffenen beschreibt er prägnant: „Bei den aufgenommenen Personen zeigt sich, dass (...) das sich entwickelnde Bewusstsein über die Ausweglosigkeit ihrer Lebensperspektive in Deutschland die Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzt.“ - die gewünschte 'Kapitulaton' ist dann nur noch eine Frage der Zeit. Über die Hälfte der Inhaftierten wählt dann allerdings statt der Ausreise den Weg in die Illegalität. Grund- und Freiheitsrechte werden seit Jahren eingeschränkt, insbesondere für die besonders schutzlose Gruppe der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Ausreisezentren stellen dabei ein weiteres Mittel dar, eine rigorose Abschottungspolitik ohne Rücksicht auf Verluste und Menschenleben zu betreiben. Der Verankerung der Ausreisezentren im geplanten Zuwanderung(begrenzungs)gesetz gilt es entschieden entgegenzutreten. Abschiebeknäste und Ausreisezentren abschaffen - Bleibe-recht für alle! Kein Mensch ist illegal!

Der Irak, die USA, Deutschland und die Rüstungsexporte

Grassierende Rot-Grün-Blindheit

Der Irak wird unter anderem mit der Begründung angegriffen, dieser solle Massenvernichtungswaffen besitzen und dieses auf gemeine Weise verheimlichen. Falls heute überhaupt noch welche gefunden werden, soll dieser Artikel klären, wo diese Waffen und die Produktionsanlagen denn herkommen.

Der Bericht der UN-Waffenkontrollure, der dem UN-Sicherheitsrat Anfang Dezember vorgelegt werden sollte, wurde über die USA an die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates verteilt. Dies geschah mit der scheinheiligen Begründung, dass die USA die 'besten' Möglichkeiten hätte, den Bericht in ausreichender Menge und unter den entsprechenden Sicherheitsbedingungen zu vervielfältigen. Es hagelte Beschwerden über dieses Vorgehen der US-Diplomaten seitens anderer Diplomaten. Erst dann bekamen die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates eine Kopie. Die Vermutung liegt nahe, dass sich die US-Administration den Bericht zu eigen gemacht hatte, um entsprechende Stellen zu streichen, die auf die Waffenexporte und die Rüstungshilfe der USA im Irak hinweisen. Doch auch so ist die Mitschuld der USA an den Kriegs-verbrechen des Irak allzu deutlich:

Zwischen 1985 und 89 belieferten amerikanische Firmen den Irak mit Milzbrand, Botulinum,

den Ländern aufgenommen. Insgesamt waren 24 US-amerikanische Firmen an kritischen Lieferungen an den Irak beteiligt.

Das Vorangegangene lässt die aktuellen Operationen der USA noch konstruierter als bisher erscheinen, war es doch Donald Rumsfeld der - damals als außenpolitischer Mitarbeiter der USA - den Giftgaseinsatz des Irak nicht als Grund ansah, die Militärhilfe und die Kredite einzustellen. Den Krieg also nun mit Menschenrechten zu rechtfertigen, die man (!) vorher so geflissentlich ignoriert hat, ist ziemlich zynisch und zeugt davon, dass diese nur Mittel zum Zweck sind.

Aber auch das 'alte Europa' versuchte, den Gesetzen des Kapitalismus folgend, im Nahen Osten einen Reibach zu machen: Deutsche Rüstungsfirmen haben zwischen 1982 und 1986 an Exporten in Iran und Irak ca. 625 Millionen Dollar verdient. Während des Ersten Golfkrieges brachen die Lieferungen an den Irak nicht ab, wie ein Bericht für den Bundestag 1991 enthüllte. Schon 1984 berichtete die New York Times von einer Lieferung von Anlagen zur Herstellung von Pestiziden, die auch biowaffen-tauglich waren. Dieser Bericht wurde von der in Deutschland ansässigen Firma bestätigt, blieb aber folgenlos. Der Taz zufolge haben insgesamt 80 deutsche Unternehmen 'problematisches Material' in den Irak exportiert, darunter auch große Fische wie

Daimler-Benz, Degussa, MAN, Carl Zeiss und Siemens. Eigentlich sind Waffenexporte in Krisengebiete laut deutschem Recht verboten, aber wie schon im letzten Jahrhundert formuliert: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.

- David Waldecker



Clostridium, West-Nil-Virus und Pestkulturen, die für biologische Waffen geeignet sind. Desweiteren wurde 1994 in einem Bericht für den US-Senat deutlich, dass auch Material exportiert worden war, welches zum Bau von Chemiewaffen benutzt werden konnte. Alles das geschah, obwohl der Irak schon im Jahr 1983 Giftgas gegen iranische Selbstmordattentäter eingesetzt hatte. Die militärische Unterstützung seitens der USA wurde nicht abgebrochen und 1984 wurden offiziell diplomatische Beziehungen zwischen den bei-

EU-Außenpolitik

Im Windschatten der Friedensrhetorik

Keinen Scherz, sondern bitteren Ernst machte die EU am 1. April mit ihrem Militarisierungskurs. Ungeachtet aller vordergründigen Uneinigkeit in der Irakfrage übernahm die EU erstmals ein Militärkommando - in Mazedonien. Damit ist der Startschuss gefallen, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union, auch eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) folgen zu lassen.

Schon seit geraumer Zeit gibt es verbundene Militärkorps verschiedener EU-Mitglieder, wie das Eurokorps aus deutschen, belgischen, spanischen, französischen und luxemburgischen Truppen oder etwa das in Afghanistan eingesetzte deutsch-niederländische Korps. Diesen einzelnen Kooperationsprojekten folgt nun eine 60.000 SoldatInnen starke EU-Interventionsarmee. Fast ein Drittel ihrer SoldatInnen wird von der BRD gestellt, das ist mit Abstand der größte Teil. Kein Wunder, hat doch die deutsche Regierung den starken Wunsch, ihre Interessen in aller Welt unabhängig von den USA und langfristig auch gegen deren Widerstand durchzusetzen. Allein wird sie dazu nicht in der Lage sein. Deshalb wirkt sie auf eine rasche militärische Aufrüstung der EU hin.

Die USA haben einerseits immer eine Erhöhung der europäischen Militärausgaben verlangt, um eine stärkere 'militärische Arbeitsteilung' in Bereichen zu erreichen, in denen unter den NATO-Staaten ähnliche Interessen vorliegen. So geschehen in Afghanistan, wo die Kriegsführung größtenteils bei der USA lag, die Besatzung aber von anderen Staaten aufrechterhalten wird. Andererseits haben die USA kein Interesse an einem europäischen Gegenpol. Darum wollten sie auch verhindern, dass die EU Parallelstrukturen zur NATO aufbaut. Sie konnte sich damit durchsetzen: Die EU-Truppe nutzt NATO-Strukturen, wodurch die USA noch Einfluss besitzen. Gleichzeitig wurde auf Drängen der USA die 21.000 SoldatInnen starke NATO-Response-Force geschaffen, die eine Alternative zum Einsatz der EU-Truppe sein wird und sich teilweise aus den gleichen NATO-Ressourcen speist.

Die EU bastelt an ihrer 'vollen Handlungsfähigkeit' nicht nur im militärpolitischen Bereich, sie initiiert mit ihrer neuen 'Agentur für Rüstung und strategische Forschung' ebenfalls die Schaffung eines EU-Rüstungsmarktes. Die derzeitige Uneinigkeit unter den EU-Staaten bzgl. des Irakkriegs offenbart jedoch die Uneinigkeit der wirtschaftlichen und geostatischen Interessen der EU-Staaten. So wünschen sich einige Regierungen keine rasche europäische Rüstungskonkurrenz zu den USA unter deutsch-französischer Führung. Den Regierungen von Deutschland, Frankreich und Belgien kann die Militarisierung der EU hingegen nicht schnell genug voran gehen. Sie forcieren derzeit ein 'kerneuropäisches' Modell: Statt aller EU-Staaten sollen die o.g. Staaten sowie Luxemburg eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-Union (ESVU) bilden, die offen für den späteren Beitritt weiterer EU-Staaten ist. Die Pläne gehen auch soweit, Entscheidungen über EU-Kriegseinsätze mit qualifizierter Mehrheit zu fällen.

Isoliert betrachtet mögen die 320 'EuFor'-SoldatInnen in Mazedonien unbedeutend wirken - vor diesem Hintergrund sind jedoch der bedeutende erste Schritt zur praktischen Umsetzung einer Europäischen-Kriegs-Union, der sich eine europäische Friedensbewegung entgegenstellen muss.

- Alexander Haas

Interview mit Tobias Pflüger zur deutschen Rolle im Irak-Krieg

Wir liefern uns selbst den Grund für unsere Kriege

Schon vor Beginn des Irak-Krieges wurde vom kritischen Teil der Friedensbewegung der vorgeblichen bundesdeutschen Kriegsgegnerschaft die faktische Bereitschaft der Bundesregierung zur Unterstützung des alliierten Angriffs entgegeng gehalten. Woran wurde dieser Vorwurf festgemacht und wie hat er sich nun konkretisiert?

T.P. Deutschland gehört de facto zur 'Koalition der Willigen'. Die deutsche Unterstützung des Irakkrieges war und ist sehr umfangreich. Ein Großteil der kriegsrelevanten Transporte mit Soldaten und Kriegsmaterial sind über in Deutschland befindliche Militärflughäfen und Häfen gelaufen. Die Bundesregierung hat nach Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut die Oberhoheit über die Genehmigung jedes Transportes. Nach Rechtslage hätte kein Transport genehmigt werden dürfen, stattdessen hat die Bundesregierung eine allgemeine Genehmigung erteilt. Die Bundesregierung hat damit Grundgesetz (Art.26, Abs.1: Verbot eines Angriffskrieges) und Völkerrecht gebrochen und gegen das Strafgesetzbuch (§ 80) verstoßen. Gabe es eine funktionierende Gewaltenteilung, müsste die Bundesregierung strafrechtlich verfolgt werden.

Die Massenproteste gegen den Krieg wurden von den Medien vor allem als Unterstützung des von Rot-Grün eingeschlagenen Kurses gewertet. Inwiefern finden hier überhaupt Stimmen, welche die eigene Regierung kritisieren, Gehör?

T.P. Innerhalb der Antikriegs- und Friedensbewegung wurde Stück für Stück durchgesetzt, den Fokus der Kritik immer mehr Richtung Kritik an der deutschen Kriegsunterstützung zu drehen. Das ist ein Erfolg der Gruppen, die dies von Anfang an getan haben. Die grassierende Rot-Grün-Blindheit konnte weitgehend geheilt werden. Gegen Ende des 'heißen Krieges' drehten auch weite Teile der Gewerkschaften bei und kritisierten die Bundesregierung an diesem Punkt. Meine persönliche Erfahrung war, dass auf vielen Demos die meistbeklatschte Forderung die nach Stopp der deutschen Kriegsunterstützung war. Die Bereitschaft, auch die 'eigene' Regierung zu kritisieren, muss geschärft werden - und vor allem muss endlich die Identifikation und Loyalität mit dieser rot-grünen Bundesregierung aufkündigt werden. Das Denken in nationalen Kategorien ist weit verbreitet. 'Wir Deutschen' und seit Rumsfelds Ausfall 'Wir (alten) Europäer' sind häufig zu findende Begrifflichkeiten. Es gibt eine von rot-grün geförderte Stimmung, die die '(alten)Europäer' als 'die Guten'

und die USA als 'die Bösen' charakterisiert. Das ist nichts anderes als Eurochauvinismus. Ich bleibe bei meinem Satz: „Wir wollen keine Weltmacht USA, wir wollen aber auch keine Weltmacht Europäische Union und wir wollen schon gar keine neue Weltmacht Deutschland.“

Während im Irak noch Bomben fielen, wurden auf diplomatischem Parkett bereits die Weichen für eine Nachkriegsordnung gestellt. Welche Interessen verfolgen dabei Deutschland und die EU?

T.P. Friedrich Merz brachte es auf den Punkt: Wenn sich Deutschland am Wiederaufbau des Irak beteilige, müssten deutsche Firmen davon profitieren. Natürlich will die Bundesregierung, dass deutsche Firmen etwas vom Kuchen abbekommen. Und dafür ist natürlich eine UNO-Verwaltung besser als eine US/GB-Verwaltung. Für die EU gilt das Gleiche wie für Deutschland: Der zu verteilende Kuchen ist groß, alle wollen was haben. Zentral ist natürlich das Öl.

Wird die Bundesrepublik nach dem Irak-Krieg versuchen, über die UNO an Einfluss zu gewinnen oder eher den Aufbau einer 'kriseninterventionsfähigen', militarisierten EU als eigenmächtig handlungsfähigen Gegenpart zu den USA vorantreiben?

T.P. Die Bundesregierung nutzt grundsätzlich alle internationalen Institutionen, um ihren Einfluss auszubauen. Gerhard Schröder hat in der ZEIT offen angekündigt, dass die Konsequenz des deutschen Neins im diplomatischen Bereich zum Irakkrieg eine Entwicklung einer eigenständigeren Politik (v.a. mit Frankreich und mit der EU) sein müsse. Die aufkommende Militärmacht EU muss eines der zentralen Themen der Antikriegs- und Friedensbewegung werden.

Welche Auswirkungen hat der von den USA ausgerufenen 'enduring war' auf die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr?

T.P. Schröder hat in dem besagten ZEIT-Interview offen angekündigt, dass es eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr geben müsse. Parallel dazu hat Peter Struck die Kriterien für die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Bundeswehr vorgelegt. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan teilte mit, dass genau das dem Irakkrieg zugrunde liegende Präventivkriegskonzept Bestandteil dieser Verteidigungspolitischen Richtlinien sein soll. Diese Entwicklung für die Bundeswehr kommt nicht aus heiterem Himmel, im Gegenteil: Am Rande der wichtigen NATO-Tagung am 21./22.11.2002 in Prag wurde unter den Regierungschefs und NATO-Vertretern 'en passant' diskutiert, ob die Präventivkriegsstrategie in ihren Kernteilen von der NATO als Strategie übernommen werden soll. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Erler äußerte, dass es eine 'mittelfristige Auseinandersetzung' in der internationalen 'Defence Community' mit der Präventivkriegsstrategie geben werde. Überraschend ist eigentlich nur noch, wie kurz 'mittelfristig' inzwischen sein kann: November bis Mai, ein halbes Jahr!

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das von Peter Struck angekündigte Entsendegesetz zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, das im Laufe des Jahres verabschiedet werden soll?

T.P. Ziel dieses 'Entsendegesetzes' ist es, dass der Bundestag weiterhin über Auslandseinsätze entscheidet, aber die Regierung allein die Mandatsverlängerung bewilligen kann. Das bedeutet noch weniger Öffentlichkeit für die Bundeswehreinätze. Wenn es Probleme bei einem Einsatz gibt, kann der Bundestag diesen dann gar nicht mehr stoppen. Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.

Tobias Pflüger ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung Tübingen (www.imi-online.de). Das Interview führte Dominik Rheinheimer.



'Enduring Freedom' als permanenter Ausnahmezustand mit Kriegsdrohung

Die Zertrümmerung des Völkerrechts durch den neuen angelsächsischen Imperialismus

Dass es den gegen den Irak Kriegs führenden Nationen um geopolitischen Einfluss im arabischen Raum und um (zumindest partielle) Kontrolle der dort lagernden Erdölreserven geht, ist sicherlich eine korrekte Feststellung. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang allerdings, welche Argumentationsmuster diese Renaissance des „liberalen angelsächsischen Imperialismus“ (wie ihn der bestimmt nicht des Linksextremismus verdächtige Historiker Timothy Garton Ash gerade ausmachte) geradezu als notwendig erscheinen lassen und welche Folgen für die globale Sicherheitslage daraus erwachsen.

Während bereits mit dem Afghanistan-Feldzug die für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemachten Terroristen 'bestraft' worden sind (und mit ihnen mehrere tausend Zivilisten – und zwar mit dem Tod), ist die Argumentationslage beim Angriff auf den Irak selbst bei gutmütigster Interpretation sehr dünn: Weil keine Verbindung von islamistisch-terroristischen Gruppierungen und dem irakischen Regime nachweisbar ist, müssen die angeblich existenten Massenvernichtungswaffen in den Händen eines mittelpächigen Diktators dazu herhalten, einen 'Präventivschlag' zu rechtfertigen. Dies erinnert an das Prinzip der 'wehrhaften Demokratie'. War die 'wehrhafte Demokratie' ursprünglich ein (bundesrepublikanisches) Konzept, das mit der permanenten Bedrohung durch innere Verfassungsfeinde deren geheimdienstliche Überwachung und präventive Bekämpfung rechtfertigte, so haben die USA mit ihrer Willigen-Koalition diese Prinzipien nun auf eine 'höhere Stufe' gehoben: Um potentielle Gefahren für die 'freie Welt' abzuwehren wird der 'Kampf gegen den Terrorismus' zu einem weltweiten permanenten Ausnahmezustand umgedeutet, der es den demokratischen Staaten nicht nur erlaubt, sondern sie geradezu dazu zwingt, gegen 'Schurkenstaaten' vorzugehen.

Und genau wie die 'wehrhafte Demokratie' es sich erlaubt, mit explizit undemokratischen Mitteln gegen ihre Feinde loszugehen, nimmt dies auch die 'Koalition der Willigen' für sich in Anspruch. Weil diesem Anspruch aber nicht so leicht Geltung zu verschaffen ist, wie sie sich mittels des staatlichen Gewaltmonopols innerhalb eines Staates herstellen lässt, ist man dazu bereit, das undemokratischste aller Mittel einzusetzen: die physische Vernichtung des Feindes durch Krieg.

Das Abschreckungsprinzip des kalten Krieges wird von den USA weltweit wieder eingeführt: Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Die Idee, die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen in den Händen der 'Bösen' ließe sich durch 'Abrüstungskriege' minimieren oder ausschalten, ist nur innerhalb von Allmachtsphantasien aufrecht zu erhalten, die sich auch am Ende des Irak-Feldzugs als größenwahn-sinnig erweisen.

Statt die Zahl der Massenvernichtungswaffen einzudämmen, wird das Ergebnis der aggressiven 'Abrüstungspolitik' eine Proliferation genau dieser Waffen – und zwar der verheerendsten, der Atomwaffen – sein. Denn eines lernen andere Staaten: Nur wer über Waffen verfügt, die den Gegner in einem Maße schädigen könnten, dass ein Krieg für ihn nicht kalkulierbare Folgen hat, kann sich einigermaßen sicher sein, nicht als 'Schurkenstaat' angegriffen zu werden.

Da das Völkerrecht offensichtlich keine Gewähr mehr für die territoriale Integrität von Staaten bietet, wird die Aufrüstung zum 'notwendigen' Garant der Sicherung des Staatsgebiets und der dort herrschenden politischen Ordnung. Hier ist

explizit davon zu abstrahieren, über welche demokratische Legitimität das jeweilige System verfügt – das Gewaltverbot bezieht sich auf demokratisch wie feudal oder diktatorisch regierte Staaten gleichermaßen. So war der Überfall des Iraks auf Kuwait nicht deshalb zu verurteilen, weil das Regime von Saddam Hussein ein diktatorisches ist, sondern ausschließlich weil das Völkerrecht solche Aggressionen verbietet. Auch ein demokratischer Irak hätte nicht das (zugegebenermaßen vollständig undemokratische) Kuwait angreifen und okkupieren dürfen.

Eine Welt ohne Völkerrecht ist eine imperiale Welt

Genau wie die 'wehrhafte Demokratie' ist die 'wehrhafte Freiheit' in der Lage, außerordentlich flexibel und schnell neue Feinde zu generieren: Die Drohungen der USA an Syrien und den Iran zeigen, dass selbst demokratische Staaten, die nicht innenpolitisch (durch Verfassungen) und außenpolitisch (durch Völkerrecht) rechtlich tatsächlich gebunden sind, in ihren Mustern der 'Gefahrenabwehr' zu autoritären bzw. imperialen Apparaten verkommen.

- Malte Krüchel

Normative (Selbst-) Typisierung	'Wehrhafte Demokratie'	Wehrhafte Freiheit' ('Enduring Freedom')
Feindbild	Verfassungsfeinde	Schurkenstaaten
Gefahrenereinschätzung	Geheimdienstliche Methoden / Nicht-öffentliche 'Beweisführung'	
Analyse	Staatsnotstand	Weltstaatsnotstand
Mittel zur Gefahrenabwehr	Div. Sanktionen: z.B. Berufsverbote, Parteiverbote, Einschränkungen von Grundrechten, polit. Strafrecht	Sanktionen, Krieg
Ausdrucksform	Autoritärer Staat	Imperialismus

Hintergründe zur politischen Situation im Irak

Mit Saddam muss nicht mehr verhandelt werden

Bei aller notwendigen konsequenten Ablehnung des Krieges: Man darf nicht übersehen, dass im Nordirak seit Jahrzehnten kriegs-geisige Auseinandersetzungen den Alltag prägen und dass die Regierung im Irak eine Diktatur der Baath-Partei war, die mit schrankenloser Gewalt und tausendfachem Mord auf Kritik und Widerstand reagierte.

Ein Beispiel für die irakischen Gewalt- und Unterdrückungsherrschaft gegen Oppositionelle sind die Anfal-Offensiven (Anfal: soviel wie Beute, die im Krieg gegen Verräter gemacht wird; 8. Sure des Koran), in denen 1988 das Baath-Regime - von der UdSSR und Frankreich aufgestützt, mit Geld aus den USA, Giftgas-Know-How aus der BRD und Transportern aus der DDR unterstützt - vor allem gegen kurdischen Widerstand vorging. Bei Giftgasangriffen kamen hunderttausende Menschen ums Leben. Organisationen wie Human Rights Watch gehen davon aus, dass auch bis zu 182.000 Menschen, vor allem ältere Männer und Frauen sowie Kinder, deportiert wurden. Was aus ihnen wurde, ist bis heute unbekannt. Zu trauriger Berühmtheit gelangte die Stadt Halabja nahe des Iran, in die zu Beginn der Anfal-Offensiven kurdische Truppen mit Unterstützung von iranischen Revolutionswächtern einzogen. Durch ein Bombardement mit chemischen Kampfstoffen kamen ca. 5000 Menschen ums Leben, mehr als zehntausend wurden verletzt. In Halabja erlebten Zivilisten und Widerständige was ungleiche Machtverteilung bedeuten kann.

Die irakische Opposition besteht aus einem kommunistischen, einem schiitischen, einem kurdischen und einem sunnitisch-arabischen Flügel. Letzterer umfasst vor allem Ex-Militärs, eine monarchistische Gruppe sowie den irakischen Nationalkongress (INC), der eigentlich

mehr eine mediale Kampagne des zwielichtigen irakischen Geschäftsmanes Chalabi ist als eine Oppositionsgruppe, der aber in der Gunst der USA sehr weit oben steht. In der kurdischen Opposition existieren, dank der im Nordirak nach mehreren Milizenkriegen etablierten demokratischen Kultur, mehrere dutzend Parteien sowie Ansätze zu sozialen Bewegungen, z.B. eine Frauenbewegung. Wichtigste Gruppen sind die Demokratische Partei Kurdistans (nationalistisch-tribalistisch), die Patriotic Union Kurdistans (links-nationalistisch, Mitglied der Sozialistischen Internationale) und die kurdische Sektion der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP). Alle diese Organisationen unterstützen den Einmarsch der Koalitionstruppen. Im schiitischen Widerstand sind Daawa (Ruf zum Islam) mit Mobilisierungspotential im Süden und das Bündnis Hoher Rat der Islamischen Revolution (SCIRI), dessen Führung mittlerweile wieder von Teheran in den Irak umgezogen ist, aktiv. Die einzige landesweit operierende Widerstandskraft ist die IKP, deren Führung im Nordirak sitzt. Sie war 1973 auf Drängen der Sowjetunion ein Bündnis mit der Baath-Partei eingegangen und bezahlte dafür 1979: Die IKP wurde brutal in den Untergrund gedrängt und ihre Mitglieder wurden mehrheitlich getötet oder mussten fliehen.

Kernstücke der verabschiedeten Erklärungen der irakischen Koalition – dort sind vor

allem die IKP bzw. ihre kurdische Schwester, die kurdischen und arabisch-sunniitischen Widerstandsgruppen aktiv - für ein gemeinsames Handeln im Falle eines Sturzes des Saddam-Regimes waren die Forderungen nach einer radikalen Ent-Baathisierung und einem föderalen System in einem einheitlichen und demokratischen Staat. Unklar ist, wie weit die unterschiedlichen Interessensgruppen der Opposition an einem gemeinsamen Aufbau einer Demokratie interessiert sind. Momentan beschäftigt sie eher die Auseinandersetzung mit einer selbstbestimmten Politik einerseits oder die Einrichtung einer von der Kriegs-Koalition abhängigen Regierung andererseits. Der SCIRI z.B. begründete seinen Austritt aus der Oppositionskoalition mit der Gegnerschaft zu einer Vormacht der Kriegscoalition.

Der Krieg ist nicht verhindert worden. Der Irak steht vor dem größten gesellschaftlichen Umbruch seit der Entkolonialisierung. Für eine fortschrittliche Politik kann dies nur heißen: Den Kräften, die einen laizistischen, demokratischen und wie auch immer gestalteten einheitlichen und souveränen Irak fordern, muss unsere Solidarität gehören – die irakische Bevölkerung braucht eine Perspektive.

- Stefan Fülz

Glosse

Wenn was schief ist, müssen wir's halt richten

Es ist wieder Krieg und bundesweit trifft sich all das, was man so Friedensbewegung nennt. Viele neue Gruppen bringen sich ein, nicht nur solche, die bisher beim Thema 'Krieg & Frieden' eher inaktiv waren, nein, auch Ableger der Regierungsparteien.

Auch wenn sich der Grüne Christian Ströbele gerne noch als pazifistischer Vorkämpfer ausgibt: auf keiner Demo, die von mehr als den Grünen selbst getragen wird, darf er noch reden. Altbekannt sind auch die Kollegen, die schon beim Kosovokrieg wussten, dass Kriege ausschließlich aus direkten wirtschaftlichen Gründen – damals waren es wohl Bauxitminen oder ähnlich bedeutende Rohstoffe – geführt werden. Da wird den Herrschenden auch gerne Mal mit den Arbeitermassen gedroht, die bald – aber diesmal endlich wirklich – die Revolution starten. Deutlich friedlicher geben sich die Brüder und Schwestern mit dem Gott auf der Schulter. Bei jedem Redebeitrag darf das Taschentuch gezeugt werden. Ein bunter Haufen also.

Doch eine Spezies fehlt: Jene, die schon im Säuglingsalter eine differenzierte Analyse der kapitalistischen Ökonomie und der richtigen Diskursintervention hatten. Die, die am fanatischsten glauben, diese zu haben, fehlen übrigens auch. Sie fuchteln mit dem Zeigefinger in Richtung Friedensbewegung und beschimpfen sie mittels einer verblüffenden Kausalkette von Naivität über Antiamerikanismus bis hin zum Antisemitismus. Ebenso wie plausible Belege für letztere verallgemeinerte Vorwürfe fehlt ihnen auch ein schlüssiges Konzept, wie man gesellschaftliche Kräfteverhältnisse beeinflussen kann, ohne Druck von der Straße zu organisieren, zu dem man nun mal leider mehr als hundert DemonstrantInnen braucht. Leider haben sie auch noch nicht preisgegeben, wie man Menschen, die durch diesen Krieg zum ersten Mal in ihrem Leben politisch aktiv werden und sicher noch keine 'verlängerte' Kapitalismuskritik haben, anspricht und eine emanzipatorische Sichtweise näher bringt. Durch antideutsche SektENZEITUNGEN etwa?

Wenn ein friedliebender, konfliktscheuer Pazifist auf einer Demo schweigend neben einer Gruppe von Hamas-SympathisantInnen herläuft, dann muss man ihn nicht als Antisemiten beschimpfen. Man muss ihm erklären, dass auch innerhalb der Friedensbewegung Schweigen nichts bringt, sondern manchmal eben nur massive Ausgrenzung. Nichts anderes tun die emanzipatorischen Kräfte in dieser Bewegung. Wenn einem was nicht passt, hilft eben nur Hingehen und Einmischen. Alles andere ist unpolitische Nörgelei!

- Alexander Haas



Tony Blairs Konzept zum Ausstieg aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Flüchtlingsschutzes

"Safe Havens"

Unter der Überschrift „New Vision for Refugees“ hat die britische Regierung ein Konzept entwickelt, das das Asylrecht in Europa in seiner Substanz angreift. Der britische Premier Tony Blair übermittelte den Staats- und Regierungschefs der EU die flüchtlingspolitischen Vorschläge anlässlich des Frühjahrsgipfels am 21./22. März 2003. Der Europäische Rat hat das Konzept zur Kenntnis genommen und die Kommission ersucht, diese Anregungen weiter zu prüfen. Diese soll dem Europäischen Rat auf seinem Gipfel im Juni 2003 Bericht erstatten. Bei dem britischen Vorstoß geht es im Kern um die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in die Herkunftsregionen. Dies würde die mittelfristige Demontage der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bedeuten.

Gemeinsam mit anderen EU-Staaten will Großbritannien ein weltweites Netz von Flüchtlingsreservaten schaffen. In allen Hauptherkunftsregionen von Schutzsuchenden soll es solche ‚regionalen Schutzzonen‘ geben. Sie sollen unter der Obhut des UNHCR stehen und von den reichen Ländern finanziert werden.

Auch in der Vergangenheit gab es bereits solche Ansätze, Schutzzone zu definieren. Etwa der Nordirak galt als sogenannter ‚sicherer Hafen‘, ‚safe haven‘. In deutschen Asylverfahren wurden deswegen Flüchtlinge aus dem Irak massenhaft abgelehnt, da sie im Nordirak hätten Schutz finden können. Es wurde eine ‚inländische Fluchialternative‘ konstruiert und deswegen der Flüchtlingsstatus verweigert.

Das Neue an dem Blair-Konzept ist nun, dass es zu Asylverfahren in der EU gar nicht mehr kommen soll. Das Asylverfahren soll in den vorgesehenen Schutzzonen selbst, möglichst durch den UNHCR, durchgeführt werden. Einem geringen Anteil der Schutzsuchenden in der Region soll dann ausschließlich nach politischem Ermessen die Einreise in ein westliches Aufnahmeland gestattet werden. Der größte Teil soll in der Herkunftsregion verbleiben. Abgelehnten droht die Abschiebung ins Herkunftsland.

Flüchtlinge, die sich diesem Ansatz nicht beugen und trotzdem nach Europa fliehen, sollen unverzüglich ohne jede Einzelfallprüfung zurückgeschafft werden. Abgeschoben aus Europa, sollen sie in den geplanten Flüchtlingsreservaten zunächst festgehalten werden. Wenn sich die Lage im Herkunftsland nicht stabilisiert, soll über ihr Asylantrag entschieden werden. Schutzreservate könnten in der Türkei, im Iran, in Nordsomalia,

Marokko, Rumänien, Kroatien und in der Ukraine entstehen. Ein britisches Pilotprojekt in Albanien läuft bereits an.

EU als asylrechts-freier Raum?

Der britische Ansatz greift das Asylrecht in Europa in seiner Substanz an. Wenn Asylverfahren nicht mehr im Rechtsraum der EU stattfinden, dann können auch keine Schutzansprüche gegen die EU-Mitgliedstaaten mehr geltend gemacht werden: Das Prinzip des ‚non-refoulement‘ (Schutz vor Abschiebung in Verfolgerstaaten) der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) soll unangewendet bleiben. Der Abschiebeschutz aus Art. 3 (Schutz vor Folter) der Europäischen Menschenrechts-Konvention (EMRK) soll nicht mehr greifen.

Die Errungenschaften der Menschenrechtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, die zivilisatorischen Antworten auf die Barbarei, werden mit dem britischen Ansatz zur Disposition gestellt. Die Genfer Flüchtlingskonvention war und ist auch eine Antwort auf die gescheiterte Flüchtlingskonferenz von Evian im Jahre 1938: Die Unwilligkeit der beteiligten Staaten, Verfolgten des Naziregimes Schutz zu gewähren, bedeutete den Tod unzähliger Menschen. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention vollzog sich der Übergang von der Flüchtlingsaufnahme als einem Akt staatlicher Gnade zu einer Verpflichtung zum Schutz von Flüchtlingen.

- Marei Pelzer (Referentin bei PRO ASYL)
Weitere Informationen unter: www.proasyl.de



SOS- Repressive Sicherheitspolitik in Innenstädten

Unsere Stadt soll schöner werden

In vielen kommunalen Wahlkämpfen wirbt die CDU mit dem Slogan „Sicherheit - Ordnung - Sauberkeit“ (SOS). Ein Konzept, das in erster Linie auf eines hinausläuft: Die Vertreibung von sozial benachteiligten Personengruppen aus Innenstädten, die Normierung menschlichen Verhaltens und den Abbau von Grundrechten!

Nicht nur die CDU setzt auf Sicherheit und Ordnung. Auch die SPD wirkt an Sicherheits- und Ordnungskonzepten und den entsprechenden Verordnungen mit. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger soll mit diesen gegen die angeblich allgegenwärtige Kriminalität und für den jeweiligen Standort aufgerüstet werden.

Um ‚Hilfsheriffs‘ in den Fußgängerzonen und Videoüberwachung an allen nur erdenklichen öffentlichen und halböffentlichen Plätzen durchzusetzen, werden allerlei Gefahren, ausgehend von Obdachlosen, Punks, Junkies, jugendlichen „Rowdies“ oder kriminellen Banden, heraufbeschworen. So werden bewusst Ängste in der Bevölkerung geschürt um repressive Politik durchsetzen zu können. Insbesondere für sozial benachteiligte Personen ist kein Platz mehr in der schönen neuen Innenstadt. Punks, Obdachlose und Junkies werden anscheinend nicht dem ästhetischen Empfinden gerecht, das heute mit dem City- Life verbunden werden soll. Denn dort muss sich die Konsum- und Lebenswelt ungestört voll und ganz entfalten können.

In Frankfurt (Main) wurden daher Rote Karten und Bußgelder für das Wegwerfen von Müll und Zigaretten eingeführt und auch in anderen Städten Deutschlands ist dies verboten. In vielen Städten werden aber auch so genannte Gefahrenabwehrverordnungen verabschiedet. In Gießen wurde zum Beispiel Alkoholkonsum in Gruppen, ‚aggressives Betteln‘ oder auch das Schlafen unter Brücken, auf Gehwegen und in Parks zu Ordnungswidrigkeiten erklärt und mit Geldstrafen belegt. Gerade sozial Schwache werden durch diese Maßnahmen aus den (Innen-) Städten vertrieben und somit aus der Öffentlichkeit ausgegrenzt.

Hand in Hand gehen solche Verordnungen mit der Entfernung von Bedachungen, der Ausstattung von Bushaltestellen mit unbequemen Sitzbänken oder auch damit, das Nutzen dieser Bushäuschen nur Busfahrgästen zu gestatten. Auch die Debatte um Trinkhallen ist in vielen Städten nichts Neues. Ebenfalls beliebt und vor Allem nachhaltiger ist die Verlegung von so genannten Armenküchen und Obdachlosentagesstätten in Außenbezirken von Städten. Frei nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

Doch solche Maßnahmen treffen nicht nur sozial benachteiligte Gruppen. Auch der Otto-normal-Bürger und die Otto-normal-Bürgerin müssen sich vorsehen. Er/ Sie muss vermeiden ein Verhalten an den Tag zu legen, welches zu einem Bußgeld oder Ähnlichem führt. Deshalb ändert man sein Verhalten, sobald man bemerkt, dass man durch Videokameras überwacht oder von Hilfsheriffs beobachtet wird. Das beginnt damit, dass man Müll nicht mehr auf den Boden wirft und endet damit, dass man versucht möglichst unauffällig zu erscheinen.

Gleichzeitig werden mit Maßnahmen für Sicherheit und Ordnung aber auch Grund- und Freiheitsrechte massiv abgebaut. So ist in der Giessener Innenstadt inzwischen das unangemeldete Verteilen von Flugzetteln verboten. Damit wird spontaner Protest unterbunden, Kontroll- und Zensurmechanismen gestärkt. Zudem kann auch „Grobstörendes Verhalten“ zu einem Ordnungsgeld führen. Über die Auslegung dieses Begriffes entscheiden die von der Stadt eingestellten, City-Streifen nach Gutdünken.

Wie schon erwähnt: Hilfe – SOS!



Rezension: „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken“

Why boys don't cry

Alle Welt weiß, dass man doch einfach nur die Augen aufmachen muss um sehen zu können, wie unterschiedlich Frauen und Männer sind! Wenn nur unsere Biologie und die Evolution für das menschliche Verhalten verantwortlich sind, warum machen wir uns dann eigentlich noch solche unnötigen Gedanken über Gleichberechtigung und Emanzipation? Es könnte doch so einfach sein, wenn wir nicht versuchen würden, Frauen und Männer in Rollen zu drängen, für die sie gar nicht geeignet sind...

Daherkommend als Partnerratgeber für eine harmonische Beziehung und ‚basierend‘ auf pseudowissenschaftlichen ‚Erkenntnissen‘ der Neurobiologie und Evolutionstheorie, reproduzieren Allan und Barbara Pearce in ihrem Buch „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken“, in einem fort nur die plattesten Vorurteile und Klischees über Männer- und Frauenverhalten: Männer haben ein besseres räumliches Vorstellungsvermögen, können nur eine Sache auf einmal machen, sind technikbegeistert und hierarchisch orientiert, das Herz der vorgeschichtlichen Jäger pocht noch laut und deutlich in ihnen. Frauen dagegen sind an Beziehungen und Menschen interessiert. Sie ist die Nesthüterin, die zwar beim Einparken versagt, dafür aber gerne verträumt in die Landschaft schaut und aufgrund ihrer Gehirnnetzungen unaufhörlich plappern muss. Der Grund warum Frauen keine Raketen oder ähnliches konstruieren, liegt bloß daran, dass „das weibliche Gehirn den Frauen einfach sagt, dass es viel wichtiger ist, das eigene Nest zu verteidigen, als andere Nester anzugreifen.“ Ähnlich schlicht auch die Begründung für berufliche Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen: „Millionen Frauen haben ihre natürlichen Neigungen für bestimmte Berufe und Tätigkeiten verleugnet, in denen sie mit ihren speziellen, von ihrem Gehirn vorgegebenen Fertigkeiten bis an die Spitze hätten kommen können, ohne sich dafür besonders anstrengen zu müssen.“ Wenn eine Frau keine Pilotin oder Raumfahrtingenieurin ist, sondern Krankenschwester, dann liegt das eben an ihrer biologischen Konstitution!

Mit einer solch biologistischen und essentialistischen Argumentation wird jedwede Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung negiert. Das besonders Schockierende an dem



Buch ist, dass es sich als progressiver Partner-Ratgeber verkauft, der mit gesellschaftlichen ‚Tabus‘ namens Political Correctness und Feminismus bricht, um endlich die ganze Wahrheit über Frauen und Männer zu sagen. Schluss mit dem ewigen Gleichheitsgeschwafel, das doch im Grunde Frauen und Männer nur verwirrt und rat- und orientierungslos zurücklasse. Stattdessen trumpfen die Pearce mit dubiosen Untersuchungen über die Unterschiede der Geschlechter, z. B. Kleinkinderstudien, auf, in denen jeder geschlechtliche Unterschied zwischen Männern und Frauen rein biologisch und genetisch begründet und jeder ausschlaggebende Einfluss der Gesellschaft verneint wird. Wenn Eltern ihre Kinder geschlechtsspezifisch erziehen, folgen sie damit nach Pearce nur der biologischen Konstitution, die für ihre Kinder genau die richtige Förderung bereithält.

Diese durch und durch reaktionäre und antiemanzipatorische Sichtweise reiht sich im Grunde in die seit Jahrhunderten angestellten Forschungen zur biologischen Zementierung des Geschlechtsunterschiedes ein. Im Grunde wäre dieses Buch am Besten im Müll aufgehoben, wenn es nicht alle Welt lesen würde und so furchtbar einleuchtend fände. Umso deutlicher macht dieses Buch jedoch die Notwendigkeit einer emanzipatorischen, feministischen Politik, die aufklärt und endlich in den Köpfen aufräumt.

- Stefanie Mielazost

- Mara Neele Künkel



Generationengerechtigkeit

Hey, mach meine Omi nicht an!

In Zeiten klaffender Finanzlöcher und steigender Arbeitslosigkeit steht die Rentenversicherung unter starkem Beschuss. Das ist an sich nichts grundsätzlich Neues. Neu ist aber, dass die Rente als Jugendthema gehypt wird. Unter dem Stichwort „Generationengerechtigkeit“ plädieren junge Abgeordnete in allen Bundestagsfraktionen für eine Umstrukturierung des bisherigen Versicherungsmodells. Ihr Tenor: Die Alten leben fett auf Kosten unserer aller Zukunft.

Eine ganze Reihe sozialpolitischer Schankerl stehen auf dem Wunschzettel der „Youngsters“. Dazu gehören die Absenkung des Rentenniveaus, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und die Bestrafung von Frührentnern. Alles im Interesse der jungen Generation versteht sich. Damit der „Generationenvertrag“ weiterhin so töftle funktioniert wie bisher.

Eigentlich müsste man von jungen Abgeordneten, die sich in der Öffentlichkeit mit ihrem super Einsigendwas-Abi rühmen, ein wenig mehr Einblick in politische Zusammenhänge erwarten können. Das deutsche Rentenversicherungssystem ist nämlich kein „Generationenvertrag“, indem die Erwerbstätigen sich „verpflichten“ den Alten die Rente zu finanzieren. Vielmehr erkämpfte die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts die staatliche Rentenversicherung. War und ist doch schlicht ungerecht, dass die Menschen, die mit ihrer Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft begründen im Alter in bitterer Armut leben mussten. Die Rentenversicherung ist ein Kompromiss zwischen Werktätigen und Arbeitgebern, nicht zwischen Jung und Alt.

Sicherlich spielt die sog. „demographische Entwicklung“ (weniger einzahlende Junge vs. mehr bedürftige Alte) für die Ebbe in den Rentenkassen eine wichtige Rolle. Wie viel sich in den Rentenkassen befindet wird aber auch noch von anderen Faktoren bestimmt. Massenarbeitslosigkeit und stagnierender

Reallöhne führen zu sinkenden Rentenversicherungseinnahmen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit beispielsweise – freilich ohne die Sozialsysteme zu zerschlagen – würde einen Beitrag zur Sicherung der Renten leisten. Genauso ist der Anstieg des gesellschaftlichen Durchschnittsalters nichts Naturgegebenes, sondern auch Produkt politischer Entscheidungen. Wenn Kindergartenkosten ständig steigen, Wohnraum in vielen Städten unbezahlbar ist und die Arbeitslosigkeit steigt, sind Kinder ein Armutsrisiko.

Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ist ein weiterer Vorschlag aus Absurdistan. Jüngst fordern die Grünen sogar in einem Positionspapier eine „Kultur der Altersarbeit“ ein, in vorderster Reihe stehen wiederum einige jüngere Abgeordnete. Wie kann es denn im Interesse der jungen Generation sein den Arbeitsmarkt zusätzlich mit Greisen zu blockieren? Wer will denn ehrlich von der Wiege bis zur Biege malochen?

Mit ihren rentenpolitischen Vorschlägen wälzen die „Youngsters“ das Altersrisiko auf die Einzelnen ab. Damit verabschieden sie sich von sozialstaatlichen Prinzipien und kollektiven Arrangements, die allen ein Altwerden in Würde gewährleisten. Für viele Rentner, und nicht zuletzt für Rentnerinnen, die sich keine zig privaten Zusatzversicherungen leisten können, bedeutet Alter immer noch Armut.

Das ideologische Geseier vom „Generationenvertrag“ kommt allerdings nicht von ungefähr. Es suggeriert, dass die



Alternvorsorge der ehemals abhängig Beschäftigten vor allem die Angelegenheit der aktuell abhängig Beschäftigten sei und entlässt somit alle anderen gesellschaftlichen Akteure aus der Verantwortung. Und so hätten weder die Vermögenden, noch die Unternehmer etwas beizutragen für die Versorgung der Alten.

Ziel einer sinnvollen Rentenreform müsste es sein, das bisherige Maß an sozialer Sicherung auszubauen. Finanzierungsgrundlage hierfür könnte eine massive Besteuerung hoher Einkommen und Unternehmensgewinne sein. Wenn in Deutschland der Reichtum steigt, aber die Renten nicht mehr finanzierbar scheinen, dann ist die Zeit reif für eine Umverteilungspolitik. Ran an den Speck! Aber, liebe „Youngsters“: Macht meine Omi nicht an!

- Kolja Möller

Miteinander ins nächste Level

Computer-Ballerspiele verbieten zu wollen ist zynisch, wenn man sich nur einmal unser Schulsystem ansieht.

Nach Robert S. Amoklauf in seiner Erfurter Schule gerieten so genannte ego-shooter – Computer-Ballerspiele, bei denen die SpielerInnen in Simulationen andere Computer-Figuren virtuell um die Ecke bringen müssen – in die Kritik. Robert S. hatte nämlich ab und an auch ego-geshootet. Solche Gewalt-Spiele begünstigten das Abrufen von Tötungsmustern, klugscheißerte die Süddeutsche Zeitung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung merkte kritisch an, dass ego-shooter möglicherweise Aggressionen abbauen könnten. Johannes Rau versöhnelte höchst präsidial, die SchülerInnen müssten halt lernen „Konkurrenz auszuhalten“.

Letzteres ist verräterisch. Zwar zeigen Computerspiele durchaus Gewalt. Doch falsch ist daraus zu schlussfolgern, ego-shooter seien die Ursache dafür, dass SchülerInnen ihre Gewaltfantasien am hiesigen Lehrpersonal gelegentlich sogar wahr machten. Dann könnte man auch behaupten, das Zölibat verhindere schlechten Sex. Ego-shootern die Verantwortung für den Amoklauf von Erfurt zuzuschreiben, ist nämlich nicht einmal die halbe Wahrheit.

Vielmehr ist es so: Wenn der Bundespräsi rät „Konkurrenz auszuhalten“ und „Frustrationstoleranz zu fördern“, hat er bei all der staatsmännischen Forderung nach „Beherrschung“ die Ellenbogengesellschaft selbst schon vorausgesetzt. Teil dieser Ellenbogengesellschaft ist nun aber auch das Schulgebäude in Erfurt. Dort wird SchülerInnen alltäglich anhand ihrer Noten bescheinigt, wozu sie so nütze seien. Die Schlechtesten müssen – wie

der Amokschütze – vorher gehen. MitschülerInnen können einerseits FreundIn sein, sind aber gleichzeitig immer auch Konkurrenz. Und nur wenn andere schlechter sind, ist man selbst gut genug. Schizophren, aber Folge eines Schulsystems, das ständig zwischen KönnernInnen und VersagerInnen aussortiert. So geht der tägliche ego-shooter namens Schule. Die ego-shooter-Verbots-Forderung offenbart so ihren blanken Zynismus: Immerhin bleibt beim ego-shooter-Spiel im Gegensatz zum Schullalltag das regelgerechte oder regelwidrige Abmurksen der Konkurrenz dann doch wenigstens real folgenlos.

Man mag ego-shooter also für ihre Gewaltdarstellungen kritisieren oder auch nur ästhetisch böse finden. Die Ursache für eine gewalttätige Realität sind aber immer noch reale gesellschaftliche Gewaltverhältnisse; nicht die virtuelle sondern die reale Konkurrenz der Individuen. Zum Beispiel in der Schule: Zwar befördert glücklicherweise nicht automatisch jeder ‚Schulversager‘ LehrerInnen oder MitschülerInnen in die ewigen Jagdgründe. Manchmal liegt aber auch im Schullalltag ein Regelverstoß subjektiv nahe, wenn man nur noch ein Leben übrig hat. Im Prinzip müsste man die Regeln ändern. Solidarisches kooperatives Lernen in einer einzigen Schulform, ohne Noten und Durchfallen wäre etwa eine vorzuschlagende neue Regel. Denn alte ego-shooter-KennerInnen wissen: Gemeinsam kommt man immer besser ins nächste Level.

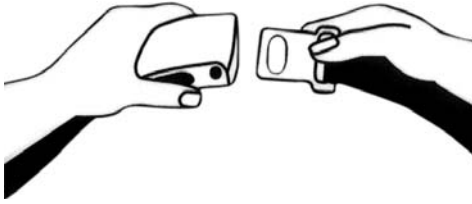
- Jörg Schindler



Vom langsamen Tod der Reformschulen

Rückwärts in den Abgrund

Es gibt sie noch: kleine Hoffnungen – längst nicht fertige Paradiese – für all diejenigen, die von der einen, ganz anderen Schule für alle träumen: Heterogene und jahrgangsübergreifende Lerngruppen, alternative Bewertungssysteme, fächerübergreifender und kein 45-Minuten-Akkord-Unterricht.



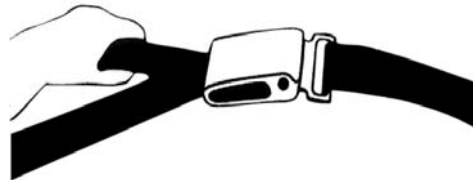
Zwei dieser Hoffnungen sind Laborschule und Oberstufenkolleg in Bielefeld – „Versuchsschulen“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit mehr als 28 Jahren wird an den Einrichtungen geforscht, wie sich anders besser lernen und lehren lässt. Methodik-, Didaktik- und Curriculum-Forschung mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen, wie zuletzt Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts bestätigten.

Doch den Reformschulen geht es an den Kragen. Im Stillen und in kleinen Schritten wird dringend Notwendiges unmöglich gemacht. Mit dem Verweis darauf, dass ein „Transfer zwischen Versuchs- und Regelschulen“ gewährleistet werden müsse, wird mit breit angelegten Regelkatalogen der Forschungsfreiraum für Alternativen immer weiter eingeschränkt. Unterrichtsformen, deren wesentliche Bestandteile Problemorientierung und selbstständiges Lernen sind, und in denen kreative Lösungsvorschläge entwickelt und produktiver Umgang mit Heterogenität geübt werden kann, bleiben so zwangsläufig auf der Strecke.

In NRW geschah das für das Oberstufenkolleg im Zuge der

Überarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung 2001/2002 – ein System engmaschiger Regelungen, in dem zukunftsorientierte Reformansätze scheitern.

Statt das Prinzip der Problemorientierung, das es ermöglicht aus einem Thema verschiedene Fachinhalte und –methoden zu entwickeln, radikal zu verfolgen, wird der Unterricht wieder an die Regeln des üblichen Fächerkanons und des geltenden Lehrplans gebunden und Fächerübergreifendes so auf ein Minimum redu-



ziert. Zum Beispiel heißt das: Zurück zu Biologie, Chemie und Physik statt Entwicklung eines integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts, in dem auch Fragen von zum Beispiel Geologie und Umweltwissenschaften eine Rolle spielen können.

Statt neue Fächer in das Fächerspektrum zu integrieren und damit der Kluft zwischen Schule und Hochschule zu begegnen, soll sich auf die klassischen gymnasialen Schulfächer konzentriert werden. Das heißt, dass weder neue Wissenschaften und Technologien, noch erkannte gesellschaftliche Probleme Einzug in die Schule halten. Beschäftigung mit Geschlechterverhältniss

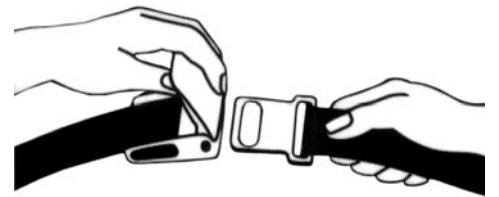
en, Migration, Gesundheitswesen oder Umwelt bleibt so weiter marginal.

Statt einen möglichst großen Freiraum für die Entwicklung neuer Formen von Leistungsnachweisen zu gewährleisten, wird durch Standardisierung der Kontrollen auch in dem Bereich Individualität weiter der Weg versperrt.

Die Forschung nach alternativen Lehr- und Lernformen wird beschränkt wo nur möglich und die bundesdeutsche Schulnormalität ist weiter im Rückschritt begriffen: Traditioneller Fachunterricht statt fächerübergreifendes Lernen, Fächerkanon statt Differenzierung, Jahrgangsklassen statt Kurssystem, standardisierte Leistungsmessungen statt individuelle Leistungsnachweise.

Nicht Individualität, sondern Anpassung, ja Unterwerfung sind in der Schule gewünscht und heimlich, still und leise wird selbst die Forschung in andere Richtungen verunmöglicht.

- Anne Kempe



Privatisierung von Bildung

Schloß Hansenberg dicht machen

Auf einen Wert von ca. 2 Billionen US-Dollar wird der weltweite Bildungsmarkt geschätzt. Kein Wunder, dass in einem profitorientierten Wirtschaftssystem wie der freien Marktwirtschaft Großkonzerne versuchen, aus diesem teilweise „brach liegenden“ Potential Profit zu schlagen. Da sich der Bildungssektor in vielen Ländern jedoch in staatlicher Verantwortung befindet, müssen diese Barrieren durch Liberalisierungen abgebaut werden, um ein reines marktwirtschaftlich ausgerichtetes Bildungssystem zu etablieren.

Im Sinne des ‚free market‘ werden die Voraussetzungen für das Eintreten von Unternehmen in den Bildungsbereich durch Regierungen geschaffen. Das Werbeverbot wird beseitigt, Unterrichtsmaterialien werden von Unternehmen zur Verfügung gestellt, Schulen bekommen freie Hand über Sponsoring Kooperationen mit privaten Unternehmen einzugehen, private Bildungseinrichtungen werden zugelassen.

Die hessische Landesregierung hat im Rahmen ihrer ‚Qualitätsinitiative‘ in punkto Bildungspolitik das Projekt Schloss Hansenberg ins Leben gerufen: Ein Eliteoberstufeninternat im Rheingau für sogenannte Hochbegabte. Dort können in Zukunft etwa 80 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang nach Abschluss der neunten Klasse für drei Jahre besondere Förderung genießen, um dann nach insgesamt nur zwölf Jahren ihr Abitur in den Händen zu halten. Getragen wird das Projekt nicht nur vom hessischen Kultusministerium sondern auch von der Dresdner Bank und dem Chemiekonzern Altana. Die beiden beteiligten Großkonzerne sind – verknüpft mit ihrer finanziellen Unterstützung des Projekts – natürlich auch auf inhaltliche Einflussnahme bedacht. Auf Schloss Hansenberg wird nicht nur von ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen gelehrt, sondern es ist auch vorgesehen, die Schülerinnen und Schüler von Führungspersonen der beiden Konzerne unterrichten zu lassen. Auch Praktika in den beteiligten Unternehmen gehören wie selbstverständlich zu den drei Jahren Ausbildung in der Eliteoberstufe.

Immer öfter können solche public-private-partnerships wie im Falle Schloss Hansenberg beobachtet werden; dies scheint sich als ein neues, modernes Finanzierungsmodell für öffentliche

Dienstleistungen zu etablieren. In Form von public-private-partnerships wird die Verantwortung für Bildung nach und nach auf Großkonzerne abgewälzt, die öffentlich-demokratische Kontrolle über Bildungseinrichtungen wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Diese Kontrolle der Gemeinschaft über das Bildungswesen ist jedoch der Garant für eine den gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende Bildung, die emanzipatorisch und selbstbestimmt ausgerichtet ist, ohne Einflussnahme durch private und ökonomische Sonderinteressen einzelner Großkonzerne.

Schloss Hansenberg sei der ‚Leuchtturm der hessischen Bildungspolitik‘, so der hessische Ministerpräsident Roland Koch. Und er hat völlig Recht: Schloss Hansenberg ist das Sinnbild einer Bildungspolitik, die Selektion und Auslese propagiert und vorantreibt. Schloss Hansenberg ist neben anderem ein Warmsignal für den neoliberalen Umbau des Bildungswesens und Mittel zur Festigung eines neoliberalen Bildungsverständnisses in der Bevölkerung.

- Anna Kossak

Anzeige

13. Juni 2003
**newspaper
 rocks**
 lilit POOLSTAR ★
 Martin Menzel & Band
 SPODGE plus minuscero
 LENSFLARE
 3 € Eintritt
 Wo? Neues Deutschland, Alt Stralau 1-2, 10945 Berlin
 5-Bhf. Treptower Park • Einlass ab 18.00 Uhr • Beginn: 18.30 Uhr
 Neues Deutschland • www.nd-online.de

Die Friedenstaube kommt aus den Klassenzimmern

Normalerweise versuche ich Mittwoch früh ins Bett zu gehen. Immerhin muss ich jeden Donnerstag früh aufstehen um pünktlich zum Unterricht zu kommen. Immer klappt das nicht. So auch am vorletzten Donnerstag – es war der 20. März 2003. An diesem Tag oder besser gesagt Morgen wurde ich schon um 4 Uhr 57 von meinem Handy geweckt. „TAG X-Alarm“ wurde in der SMS getitelt. Dann noch einige kurze Informationen zu dem Beginn der Bombardements.

Dieses Mal hatten sich die Gerüchte über den nächtlichen Beginn des zweiten Irakkrieges nach 1991 also bestätigt. Später in der Schule gab es auch kein anderes Thema. Überall hingen Ankündigungen von der großen Schüler-Demo herum. Treffpunkt 12 Uhr auf dem Schulhof. Von dort ging es dann mit einem Zug zu zwei weiteren Schulen, schließlich zur großen Abschlusskundgebung an der Konstabler Wache. Oft wurden auf dem Weg dahin einfach kurze Pausen auf Kreuzungen eingelegt. Nicht wenige hatten selbstgemalte Transparente dabei oder hatten gar ihre Lehrer und Lehrerinnen motiviert mitzukommen. Einige ließen sich auch vom Linksruck deren Schilder andrehen. Nach der Kundgebung entschloss man sich spontan zum US-amerikanischen Konsulat zu ziehen und dort ein Zeichen für den Frieden zu setzen.

So oder so ähnlich sah es am Tag X in vielen anderen großen Städten in Deutschland aus. In Berlin gingen laut Presseinformationen spontan sogar 50.000 Schüler demonstrieren aber auch in Hamburg, Leipzig, Stuttgart und dem Ruhrgebiet waren Schülerinnen und Schüler maßgeblich an den Friedensaktivitäten beteiligt bzw. hatten diese sogar initiiert. Die Beteiligung der bundesdeutschen Schülerschaft an den Friedensdemonstrationen ist dieses Mal sogar so deutlich, dass sich Wissenschaftler wie etwa Professor Dieter Rucht von der FU Berlin dieses Phänomens annehmen und Erklärungsmuster suchen.

Dabei ist dieses so genannte Phänomen der starken Beteiligung von Jugendlichen an Friedensaktivitäten keineswegs neu. Schon in der Zeit zwischen 1982 und 1985 als die Friedensbewegung ihren bis dahin historischen Höhepunkt genießen konnte, war eine starke Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an den Demos Gang und Gebe. Auch 1991 während des ersten Golf-Krieges gingen viele Jugendliche auf die Strassen. Zur Zeit des

Kosovo-Krieges und des Afghanistan-Krieges waren auch nicht gerade wenige Schüler an Aktionen beteiligt und hatten damals auch spontan zu TAG X-Demos mobilisiert.

Darüber hinaus wäre es schlichtweg falsch das Engagement vieler Schülerinnen und Schüler nur auf die Teilnahme und Organisation von Friedensdemos zu reduzieren. In vielen deutschen Schulen, ob von Flensburg bis Garmisch-Patenkirchen oder von Bad Bentheim bis Frankfurt/Oder haben sich schon lange vor Kriegsbeginn viele Schülergruppen formiert, die es sich zum Ziel gesetzt haben gegen den drohenden Krieg zu wirken. So wurden z.B. an vielen Frankfurter Schulen Unterschriftslisten gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung gesammelt und an die Bundesregierung gesandt oder auch ganze Projektstage mit renommierten Referentinnen und Referenten organisiert. Ganz zu schweigen von diversen Versuchen diese aktuelle Thematik auch im Unterricht zu behandeln.

Dies bringt uns auch auf die leider vorhandenen Schwierigkeiten zu sprechen, mit denen aktive Schüler und Schülerinnen vor Ort zu kämpfen haben. Abhängig von der (politischen) Zusammensetzung der Kollegien und den Schulleitungen ist es oft schon ein Erfolg eine Stellwand in der Aula mit Aushängen zum Thema Krieg genehmigt zu bekommen, geschweige denn einen ganzen Schultag einem themenspezifischen Projekttag oder gar einer Demo zu opfern. Zu guter letzt drohen einem dann noch unentschuldigte Fehlstunden,

schlechte Noten oder gar Verweise, wenn man sich etwa als Schülersprecher oder Schülersprecherin durch die Einberufung einer Vollversammlung und anschließender Demonstrationsteilnahme „strafbar“ macht.

Dabei steht doch in so vielen Landesschulgesetzen in der Präambel geschrieben, dass „Friedenserziehung“ ein integraler Bestandteil des Bildungsauftrages der Schulen ist. Vor diesem Hintergrund lassen sich eigentlich keinerlei Sanktionen gegen Schüler rechtfertigen die sich aktiv in ihrer Schulgemeinschaft für den Frieden einsetzen.

Positiv festzuhalten bleibt die anscheinend bundesweit vorherrschende Bereitschaft von Schüler und Schülerinnen weiterhin an Demos und Friedensaktivitäten teilzunehmen oder selbst welche auf die Beine zu stellen. Anscheinend ist diese Generation doch nicht so politikverdrossen wie uns oft weiß gemacht werden sollte. In diesem Sinne: Weiter demonstrieren, weiter kämpfen.

- Sebastian Schlüsselburg & Stefan Finger

Schulstreiks und ihre Konsequenzen

Unterricht nach Plan

Die Medien überschlugen sich und wussten gar nicht, wo sie eigentlich ihre MitarbeiterInnen hinschicken sollen. Wo konnten sie nur am Besten über demonstrierende SchülerInnen berichten? Na, in fast jeder größeren Stadt. Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, etc. – es ist lange her, dass so viele SchülerInnen auf den Straßen waren. Und das, obwohl sie Konsequenzen seitens der Schulleitungen zu befürchten hatten, denn Streiks sind ja nicht erlaubt. Demokratische Rechte wie Demonstrationsfreiheit oder Arbeitsverweigerung sind gerade dort explizit verboten, wo angeblich die Demokratie „erlernt“ werden soll: In der Schule. Und wenn dann mal SchülerInnen ihre demokratischen Rechte als Menschen und nicht als SchülerInnen einfordern, wissen sich Schulleitungen und

Bezirksregierungen nicht anders zu helfen, als Strafen zu verhängen. Ungerechtfertigte Repressalien dürfen ja auch beim Erlernen der Demokratie nicht ausgelassen werden. Dafür wird nun immerhin eine neue Diskussion um Politikverdrossenheit bei Jugendlichen entfacht: „Sind die Jugendlichen etwa doch nicht nur auf Computerspiele, Spaß und Partys aus? Machen sie sich auch Sorgen über die Welt?“ fragen Kommentatoren im Fernsehen wie auch in Tageszeitungen und Radios. Als Beispiel für die Politikverdrossenheit werden dann die rückläufigen Zahlen bei jungen Mitgliedern in den Parteien angesehen. Liebe Leute, wann merkt ihr endlich mal, dass das nicht die Demokratie ist, die wir meinen?!

-Stefan Finger

Zur Finanzlage im Bildungsbereich

Spart doch bei der Bundeswehr!

Es ist schon lachhaft und zum Heulen zugleich, wenn mensch die Argumentation der PolitikerInnen hört: Die Kassen sind leer, also müssen Studiengebühren eingeführt werden. Kein Geld - also weniger LehrerInnen. Die Öffentlichkeit bekommt die Schuldenzahlen vorgelegt und frisst den Braten.

Der Bund, die Länder und die Kommunen seien hoch verschuldet. Im Bund müsse bei den Sozialausgaben gerade bei den Arbeitslosen und den SozialhilfeempfängerInnen gespart werden, im Land bei Bildung und in den Kommunen bei Reparaturen an Schulen oder an längst überfälligen Computerräumen, an Büchern etc. In NRW ist aber Geld für den überflüssigen Metrorapid. Warum wird gerade nach dieser seltsamen PISA-Studie in der Bildung gespart? Sicherlich nicht, weil es dort am wenigsten wehtut.

Wer sich mit diesen PolitikerInnen-Stimmen im Hinterkopf den Bundeshaushalt anschaut,

muss zweimal hinsehen. Anstatt dass der Bund seinen Ländern bei den Bildungsausgaben hilft, sind die „Verteidigungsausgaben“ auffällig. Die Gesamtausgaben des Bundes sollen im Jahr 2003 bei 247,9 Milliarden Euro liegen, davon sollen 28,352 Milliarden allein an die Bundeswehr gehen, also über ein Zehntel! Im „Verteidigungsetat“ ist seit 1998 nicht etwa gespart worden. Heute geben die PolitikerInnen über 4 Milliarden Euro mehr für die Bundeswehr, neue Waffen und Geräte aus. Auch bis 2006 sind Kürzungen nicht vorgesehen: Der „Verteidigungsetat“ wird weiter um über 200 Millionen Euro aufgestockt. Stimmt, das Geld haben wir ja nun bei den Sozial- und Bildungsausgaben gespart.

-Stefan Finger

das linke Camp...
zur rechten Zeit



1. - 10. August 2003
an der Ostsee

www.linkessommercamp.de
JungdemokratInnen/Junge Linke



Grundrechtsbeschneidungen im Namen der Sicherheit

„Ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“

Unbemerkt von einer kritischen Öffentlichkeit wurden in Bayern im letzten Sommer die Grundrechte von SchülerInnen gravierend beschnitten. In das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wurde der Art. 88a neu eingefügt. Dieser sieht vor, dass auch Eltern volljähriger SchülerInnen über Schulordnungsmaßnahmen gegen ihre Kinder unterrichtet werden sollen. radZ sprach hierüber mit Sonya Popa-Henning aus dem Vorstand der Landesschülervertretung Bayern.

radZ: Art. 88a sieht vor, dass nun Eltern beispielsweise mitgeteilt wird, wenn ihr erwachsenes Kind in eine andere Klassen versetzt oder vom Unterricht ausgeschlossen worden ist. Was hält die LSV Bayern davon?

SONJA: Gar nichts! Eine solche Art der Bevormundung ist für die LSV Bayern untragbar. Artikel 88a ist ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (geregelt in Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 1 des Grundgesetzes). Aber das Gesetz geht auch noch um einiges weiter: Auch bei auffallendem Absinken des Leistungsstands sowie bei „sonstigen wesentlichen Vorgängen“ sollen die früheren Erziehungsberechtigten informiert werden. Hier von einem überwiegenden Allgemeininteresse zu sprechen, das für eine solche Grundrechtseinschränkung notwendig ist, halten wir für absolut vorschnell und unreflektiert.

Wir finden es erschreckend, dass so etwas im Landtag durchkommt.

radZ: Die Bayerische Staatsregierung geht offenbar davon aus, mit solchen Maßnahmen Ereignisse wie jüngst in Erfurt geschehen verhindern zu können. Wie sieht das die LSV Bayern?

SONJA: Nach dem Amoklauf in Erfurt wollte die Politik handeln, wollte zeigen, dass sie reagiert. Aber anstatt zu pädagogischen Konzepten zu greifen, die mit einem entsprechenden finan-

ziellen Rahmen möglich wären, bedient man sich einer Regelung, bei der nur die Kosten eines Ortsgesprächs oder gar einer Briefmarke anfallen. Dass aber eine intensive Beschäftigung mit den betroffenen Menschen von Nöten wäre durch ausgebildete PädagogInnen bzw. durch speziell geschulte Fachkräfte der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie, wird bewusst übersehen. Im Gesetzesentwurf heißt es „Alternativen: keine“. Außerdem können familiäre Beziehungen doch nicht durch Gesetze geregelt werden.

radZ: Sind neben dem Bayerischen noch weitere Schulgesetze entsprechend geändert worden?

SONJA: Ja, in Rheinland-Pfalz wurde ein sehr ähnliches Gesetz eingeführt. Die dortige LandesschülerInnenvertretung geht in einem Bündnis verschiedener Jugendverbände dagegen vor. Auch in NRW soll ein solches Gesetz verabschiedet worden sein, da liegen uns aber noch keine genaueren Informationen vor.

radZ: Dieser Entwicklung muss doch entgegengetreten werden! Was plant die LSV Bayern hierzu und wie können sich interessierte SchülerInnen beteiligen?

SONJA: Betroffene SchülerInnen sollten sich mit Fallbeschreibung bei uns melden (an: art88a@lsv-by.de). Außerdem sollten MitschülerInnen informiert werden und alle im Schulalltag sollten sich klar gegen dieses Gesetz aussprechen und wehren. Außerdem prüfen wir derzeit die Möglichkeiten, weiter dagegen vorzugehen.

- Das Interview führte Lena Kreck



Neues aus der BSV

Hier ein kleiner Rückblick auf das vergangene Jahr in der BundesschülerInnenvertretung (BSV):

Am Anfang stand die Bundesdelegiertenkonferenz, auf der die anwesenden Schülervertreter während des 26stündigen „Dauertags“ sich u.a. entschieden gegen die derzeitige Behandlung von „illegalen“ SchülerInnen einzusetzen und allgemeine Schul- und Ausbildung auch für SchülerInnen ohne deutschen Pass forderten. Danach fand der große „Buschkongress“ statt: Der BundesschülerInnenkongress. Mit mehr als 450 SchülerInnen und Schülern aus ganz Deutschland war dieser ein riesen Event. In Workshops, Foren und auf Podien wurde diskutiert, gelernt und geplant. Aber auch die PolitikerInnen bekamen ihr „Fett weg“, schließlich war Bundestagswahlkampf und Bildung wurde so endlich mal mit uns, den SchülerInnen und Schülern, diskutiert.

Aber auch die inhaltliche Arbeit dürfte nicht zu kurz kommen, so brachte sich die BSV wieder verstärkt in das OBESSU (europäische SchülerInnenvertretung) ein, um auch dort wie hier sich konsequent gegen die Privatisierung der Bildung und für eine gerechte, chancengleiche (Gesamt)Schule einzusetzen. Damit die BSV und alle anderen SV-Strukturen auch in den nächsten Jahren die Interessen von Schülern stark nach außen vertreten können, ist jeder einzelne Schüler gefragt, sich konsequent für seine Rechte stark zu machen, damit wir gemeinsam etwas verändern.

-Dana Lüdemann (BSV-Bundesvorstand)

Zur Lern- und Lehrmittelfreiheit

Dieses Schulbuch war Eigentum des Landes Berlin.

Der Berliner Schulsenator Böger (SPD) hat es bereits angekündigt: Ab dem kommenden Schuljahr können sich die SchülerInnen keinen neu aufgelegten Schulbücher mehr an ihren Schulen ausleihen, sondern müssen diese selbst anschaffen. Auch in den anderen Bundesländern steht die Abschaffung der Lernmittelfreiheit zur Debatte. Jedoch wird das, was den Berliner ärgert und auch die Hamburgerin in Aufruhr versetzt, die Rheinland-Pfalzerin vermutlich völlig kalt lassen.

Zwar gibt Lernmittelfreiheit in allen Bundesländern; die Modelle unterscheiden sich allerdings in ihrer sozialen Verträglichkeit, sprich: in dem Maße, in dem sich die SchülerInnen (oder deren Eltern) an den Ausgaben für Schulbücher beteiligen müssen.

Am positivsten ist das Modell der Lernmittelfreiheit, das beispielsweise in Schleswig-Holstein oder Bremen praktiziert wird. Hier werden Schulbücher aller Art öffentlich angeschafft und dann an die SchülerInnen verliehen. Davon unterscheiden sich Bundesländer wie Berlin (bisher) oder Niedersachsen, wo es eine punktuelle Eigenbeteiligung bei der Anschaffung von Atlanten, Wörterbüchern, etc. gibt. In Nordrhein-Westfalen hingegen ist die Eigenbeteiligung pauschal, das heißt, dass die Kommunen 2/3 der Ausgaben tragen und das übrige Drittel privat (von den SchülerInnen/Eltern) aufgebracht werden muss. Das meiste Geld müssen SchülerInnen in Rheinland-Pfalz und im Saarland für ihre Schulbücher aufbringen; hier existiert das „Bonus-System“, bei dem eine Unterstützung für den Kauf von Schulbüchern sozial gestaffelt nach Einkommen und Kinderzahl gewährt wird.

Die von Regierungspolitikern aller Couleur diskutierte oder umgesetzte Abschaffung der Lernmittelfreiheit verkennt zwar die reale finanzielle Belastung der Privathaushalte. Erschreckender jedoch ist das der Diskussion zugrunde liegende Bildungsverständnis. Diesem Verständnis nach scheint es eine

Selbstverständlichkeit zu sein, dass man für den eigenen Schulbesuch privat aufkommen muss. Ein radikaldemokratisch geleitetes Bildungsverständnis steht diesem jedoch krass entgegen.

Bildung trägt grundlegend zur Ermöglichung & Aufrechterhaltung gesellschaftlichen Lebens bei. Sie erfüllt qualifizierende und in die Gesellschaft einbindende Funktionen genauso wie sie zur Reproduktion bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Gesellschaft beiträgt. Die Teilhabe an einem Prozess (meint in diesem Fall vor allem den Schulbesuch), in dem der Zugang zu diesen Funktionen grundlegend gegeben ist, darf nicht vom sozioökonomischen Status der SchülerInnen abhängig gemacht werden. Deswegen muss es ein Grundsatz radikaldemokratischer Politik sein, dass der Schulbesuch immer und überall kostenlos für SchülerInnen ist. Diese Forderung beinhaltet ein über die Modelle der Lernmittelfreiheit hinausgehendes Konzept der Lern- und Lehrmittelfreiheit.

Die Öffentlichkeit muss nicht nur dafür Sorge tragen, dass alle SchülerInnen die Schulbücher (auch Atlanten, Wörterbücher) kostenlos gestellt bekommen, sondern muss auch darüber hinausgehende Materialien wie Zirkel, Lineale, Schulhefte, Taschenrechner und Tuschkästen (etc.) für SchülerInnen anschaffen. Den Sparplänen in Berlin und anderswo muss deutlich entgegengetreten werden, denn die

-Daniela Butter



Coupon

- ☐ Ich will mehr über euch wissen!
- ☐ Schickt mir euer Seminarprogramm!
 - ☐ Ich will aktiv werden!
 - ☐ Ich möchte über Aktionen/„radikal reisen“ informiert werden.
 - ☐ Ich möchte lesen. Umseitig meine Bestellungen.
 - ☐ Schickt mir doch weitere Informationen zum Thema:

Name, Vorname:	
Straße:	
Wohnort:	
Telefon:	eMail:
Alter:	Tätigkeit:

Send to: JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Fax: (030) 440 248 66, e-mail: info@jdjl.org

Hinweise zum Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an einen unserer Landesverbände bzw. Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist auf jeden Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und/oder die Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Abschicken des Coupons erklärst du dich damit einverstanden.

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

konsequent außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluss begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:

radZ! - Radikaldemokratische SchülerInnenZeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband)
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 030-440 248-64, Fax: -66
bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Redaktion: Stefan Finger (V.i.S.d.P.), Geraldine Hohn, Anne Kempe, Lena Kreck
Gestaltung: Maya Shein & Daniel Leisegang
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

radZ! versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig abgehändigt ist.

Stalingrad und die Vergangenheit

Ganz im Unterschied zum 70. Jahrestag des Beginns der Nazi-Diktatur konnte der 60. Jahrestag der Stalingrad-Schlacht nicht über Aufmerksamkeit klagen. Im Gefolge der ersten deutschen Kriegsbeteiligungen seit dem Weltkrieg hat sich aber die Akzentsetzung verschoben.

Nach dem Krieg wurde die Stalingrad-Schlacht in Westdeutschland u.a. in Romanen verarbeitet, etwa Theodor Plieviers „Stalingrad“, Fritz Wöss' „Hunde, wollt ihr ewig leben?“ oder Heinz Konsalik's „Der Arzt von Stalingrad“. Typisch für die frühe Rezeption ist die Legende von der sauberen Wehrmacht im Gegensatz oder zumindest unabhängig vom NS-Regime. Erleichtert wurde diese Sicht, dadurch, dass in Stalingrad schließlich keine SS-Truppen, sondern einfache Soldaten betroffen waren (daß die 6. Armee in der Schlucht von Babi Jar bei Massenerschießungen von Juden assistiert hatte, wurde ausgeklammert). Das eigentliche Verbrechen bestand danach darin, daß Hitler die eigenen Männer umkommen ließ- nicht etwa, wo sie standen oder wie sie bis an die Wolga gelangt waren.

Die neue Sichtweise zeigt bei gleichbleibenden Elementen aber auch wesentliche Verschiebungen. Deutlich wird diese in ausdauernden Presseberichten über die „Vertreibung“ der Deutschen oder den Luftkrieg- unterstützt durch intellektuelle Mitläufer des Zeitgeistes wie Günter Grass mit seinem „Kreuzgang“. Magazine wie der „Spiegel“ sind dabei wegweisend. Im Gegensatz zu den umfangreichen „Dokumentationen“ der Vertriebenenverbände in den 50er/60er Jahren geht es hier nicht mehr darum, die Rückgabe konkreter Gebiete zu fordern - wie selbst noch in den 80ern, also nicht mehr um Revisionismus im eigentlichen Sinn. Im Unterschied zur klassischen Sichtweise werden hier deutsche Verbrechen nicht mehr geleugnet, auch wenn die Deutschen wei-

terhin als irreführend oder dazu gezwungen gedacht werden. Deutsche und ihre Gegner werden auf dieselbe Ebene gestellt. „Hitler, der den Durchhaltebefehl gab, Paulus, der den Ausbruch nicht wagte, und Göring, der prahlerisch Versorgung aus der Luft versprach, tragen dafür ebenso Verantwortung wie Stalin und seine Militärs.“ („Spiegel“, 51/02). Waren nicht auch die Rotarmisten grausam gegen die deutschen Soldaten? Es geht hier nicht mehr darum, daß die Deutschen ein Programm der Eroberung, Versklavung und Vernichtung in Angriff genommen und teilweise umgesetzt haben, sondern um ein „Duell der Diktatoren“ Hitler und Stalin, die sich in ihren brutalen Zielen gegenseitig aufgeschaukelt hätten. Eine Sichtweise, die sehr gut an die leidige Totalitarismus-Theorie angeschlossen ist. Das gleichbleibende Ziel der Entlastung und Relativierung ist damit wesentlich geschickter erreicht als mit Leugnung oder Verschweigen der deutschen Verbrechen.

Das führt laut „Spiegel“ zur Konsequenz: „Nie wieder ein solcher Krieg“, in dem die „deutsche Regierung in eine vergleichbar fatale Lage“ gerät- also nie wieder ein Krieg, den Deutschland verliert. Hier schimmert der Wille zur Normalisierung durch- einerseits in Richtung Vergangenheit: Da haben Hitler und seine Helfer Verbrechen begangen, die auch nicht geleugnet werden - aber die Gegenseite hat auch ihre Verbrechen begangen, die teilweise nicht weniger barbarisch gewesen wären - untermal mit Augenzeugenberichten von Stalingrad-Veteranen oder Überlebenden des



Hamburger Bombardements; die Deutschen haben Verbrechen begangen, diese aber mittlerweile durch vorbildliche Verarbeitung und definitive Regelung der Wiedergutmachungszahlungen bewältigt. Andererseits Normalisierung für Gegenwart und Zukunft: die Deutschen sind eine normale Nation wie andere geworden, allenfalls ist die deutsche Vergangenheit gerade ein Grund, rechtzeitig zu intervenieren,

wo Menschenrechte verletzt werden (Kosovo). Das geläuterte Deutschland kann nun- wie jede andere normale Nation- auch wieder mit militärischen Mitteln Außenpolitik betreiben.

- Daniel Wessier

Rechte an der Uni

„In Gewerkschaften dürfen ja auch keine Arbeitgeber“

Obwohl man in Deutschland seit Jahren immer stärker auf die Internationalisierung der Hochschulen setzt und versucht verstärkt um ausländische Studierende zu werben, wird gleichzeitig nicht weiter gegen offen ausländerfeindliche, reaktionäre und revanchistische Bestrebungen verschiedener Hochschulangehöriger vorgegangen. StudentInnen, aber auch MitarbeiterInnen und ProfessorInnen treiben in der Regel unbehelligt ihr Unwesen.

Der Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter aus Bonn zum Beispiel, ist aus dem Netz der extremen Rechten an den Hochschulen auch nach seiner Emeritierung nicht wegzudenken. Knütter, der erst jüngst das „Handbuch des Linksextremismus“ zur vermeintlich vom Verfassungsschutz unterschätzten „linksextremen Gefahr“ herausgegeben hat, galt bis in die neunziger Jahre gemeinsam mit anderen als konzeptioneller Ideologe des Staatsschutzes. Der von Knütter geprägte Begriff der „Faschismuskeule“, beinhaltete den Vorwurf, dass die Kritik an rechten und extrem-rechten Vorstellungen ausschließlich der instrumentellen Delegitimierung oder Erpressung beliebiger politischer Gegner durch die Linke oder die jüdischen Gemeinden diene. Anfang der neunziger Jahre fiel er als Mentor eines Arbeitskreises auf, der Auschwitzleugner wie David Irving oder Nazi-Sänger wie Frank Rennicke einlud.

Auch im Burschenschaftskreisen ist der Name des CDU-Mitgliedes Knütter nicht unbekannt. Erstellte er doch 2001 ein Gutachten für die Münchener Burschenschaft Danubia, die, weil sie einen Nazischläger auf ihrem Haus versteckt haben soll, in die Kritik des Bayerischen Verfassungsschutzes geraten war.

Aber die Danuben sind, wenn es um rechtsextreme Zwischenfälle geht, nicht die einzigen Studentenverbinder, die diesbezüglich immer wieder von sich reden gemacht haben. So ist es erst im letzten Jahr im Vorfeld von Protesten gegen den Thomasbummel, ein Treffen vieler Studentenverbindungen in Nürnberg, zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Mitglied des Verbands der Vereine deutscher Studenten (VdSt), der Veranstalter war, drohte per Mail einer an den Protesten beteiligten Hochschulgruppe, dass diese Personen „aufs Maul“ bekommen könnten und bezeichnete sie als „linke Zecken“. In Gießen zogen Verbinder verschiedener Burschenschaften nach einem gemeinsamen Treffen im Haus der gießener

Burschenschaft Germania am in der Nähe gelegenen Infoladen vorbei und beschimpften die Anwesenden. Damals dabei waren auch der Burschschafter und Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) Hessens, Stefan Rochow. Aus dem Pulk der Burschen wurden „Ignatz Bubis ab ins Gas“-Rufe gehört. Der Vorfall wurde zur Anzeige gebracht.

Auf die häufig gestellte Frage auf der Homepage der Giessener Burschenschaft Alemannia „Nehmt ihr auch Ausländer auf?“ wird zu dem „Nein, wir nehmen keine ausländischen Mitbürger auf“ in grandioser Dummheit erklärend hinzugefügt: „Dies hat traditionelle Gründe, da die Burschenschaften ihren Ursprung in den Demokratie und

Einigungsbewegungen von 1848 haben. Jede Vereinigung stellt an ihre Mitglieder gewisse Anforderungen, und eine davon ist bei uns nunmal, dass man Deutscher ist (In eine Gewerkschaft dürfen ja auch keine Arbeitgeber). Dies bedeutet aber auf keinen Fall, daß wir etwas gegen ausländische Mitbürger hätten!“ Rechtsradikale, fremdenfeindliche und rassistische Positionen sind unter studentischen Verbindungen keine Einzelfälle. Dies zeigt immer wieder die Zusammenarbeit verschiedener Korporationen in den jeweiligen Korporationsdachverbänden. Von Abgrenzung oder Distanzierung liberaler Studentenverbindungen gegenüber extrem rechten Verbindungen ist in der Regel nichts zu hören.

Nicht nur diese Tradition studentischer Verbindungen gerät immer wieder in die Kritik. Insbesondere die Rolle studentischer Verbindungen im Nationalsozialismus ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen und wissenschaftlichen Untersuchungen. Während ein Bursche die Diskussion hier- um jüngst auf einer Veranstaltung mit der These, dass die Diskussion um die „12 Jahre Schlammassel“ in Deutschland - gemeint war der NS - mal ein Ende haben müsse, versuchte zu umgehen, wirft die Betätigung der Studierendenverbindungen im NS immer wieder Fragen auf.

So waren Studentenverbindungen 1933 maßgeblich an der „Bücherverbrennung“, „zersetzender“ Schriften beteiligt. Um den 10. Mai 1933 wurden in vielen Hochschulstädten, aber auch in Städten, in denen es keine Hochschulen gab, Bücher liberaler und linker AutorInnen, sowie von AutorInnen jüdischen Glaubens, verbrannt.

- Tjark Sauer

70. Jahrestag der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen

**“Das war ein Vorspiel nur,
dort wo man Bücher verbrennt,
verbrennt man auch am Ende Menschen.”**

Heinrich Heine, Almansor. Eine Tragödie

Kongress 04. - 06. Juli in Frankfurt/ Main

  www.buecherverbrennung.tk

Anlässlich der 70. Jahrestag der Bücherverbrennung wird der freie Zusammenschluss von studentischen Dachverband, eine Informationskampagne zu rechten Gruppierungen an Hochschulen initiiert. Mit einem ReferentInnenpool soll ASten aber auch politischen Gruppen die Möglichkeit für Veranstaltungen gegeben werden. Einen Abschluss soll die Kampagne im Juli finden: vom 4. bis 6. Juli wird in Frankfurt am Main ein Kongress stattfinden.

Radikal Reisen



• Israel

Termin: ca. 20. - 30. Juli 03 / ca. 500,- Euro
Thema: Friedenspolitik im Nahen Osten

Während unseres Besuches in Israel und den besetzten Gebieten werden wir uns einerseits mit unseren Partnern über die Ergebnisse der israelischen und palästinensischen Wahlen auseinandersetzen. Zum anderen werden wir bei einer Vielzahl von Treffen über die schwerwiegenden politischen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen der nunmehr seit über zwei Jahren andauernden kriegsrischen Auseinandersetzungen diskutieren. Dabei geht es u.a. um Folgen des Siedlungsproblems, des Mauerbaus oder dem Spannungsverhältnis zwischen radikalen und friedenspolitisch orientierten Kräften in beiden Gesellschaften. Natürlich werden auch die Folgen des Irak-Kriegs für den gesamten Nahen Osten Diskussionsthema sein. Betreut werden wir auf der zehntägigen Reise von unseren Partnern Young Meretz und ITU/FIDA.

• Nicaragua

Termin: 12. - 22. August 03 / ca. 750,- Euro
Thema: Neoliberalismus in Nicaragua

Wie kann linke politische Arbeit in einem völlig verarmten und korrupten Land wie Nicaragua aussehen? Was ist noch vom Sandinismus zu erwarten? Wie kann eine Politik aussehen, die in Nicaragua die Auswirkungen der Globalisierung bekämpft? Angesichts der Krise der Linken in Nicaragua wollen wir mit unseren Partnern diskutieren.

Wir werden verschiedenste Gruppen in Managua treffen und einen Einstieg in die Struktur eines Landes finden, in dem die revolutionäre Zeit 12 Jahre vorbei, aber immer noch im politischen und kulturellen Alltag fast ständig präsent ist. Auch werden wir die malerischen kolonialen Städtchen und Traumstrände Nicaraguas kennen lernen.

• Finnland:

Helsinki und Turku

Termin: 22. - 31. August 03 / ca. 280,- Euro
Thema: Linke Politik in Finnland

Wie in den letzten Jahren wird uns unser finnischer Partner Vasemmistonuoret (= Linke Jugend) einen interessanten und umfassenden Einblick in finnische linke Politik geben. Bei Treffen mit Gewerkschaftlern, Parlamentariern, Studentenvertretern und anderen NGOs werden wir v.a. über finnische Sozialstaats- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch Asylpolitik und den bevorstehenden NATO-Beitritt Finnlands diskutieren. Und neben all dem wird auch noch etwas Zeit für finnische Seen und Sauna bleiben.

• Südafrika:

Kapstadt und Durban

Termin: 15. - 28. Sept. 03 / ca. 650,- Euro

Das Ende der Apartheid 1993 und die Ansetzung der ersten freien Wahlen 1994 sicherten dem African National Congress (ANC) den Sieg. Doch der schlug einen zunehmend neoliberalen Kurs ein und setzt damit das Bündnis mit der kommunistischen Partei und dem Gewerkschaftsverband COSATU aufs Spiel. Eines der großen Ziele des ANC-Parteiprogramms, die Verbesserung der Lebensverhältnisse der schwarzen Mehrheit, leidet unter dem Druck kapitalistischen Wirtschaftens.

In Südafrika werden wir vor allem die metropolitane Kernräume besuchen (etwa Kapstadt und Durban), um dort u.a. die Arbeit unserer Partnerorganisation SASCO kennenzulernen und uns mit VertreterInnen der "Human Rights Commission", der Landlosenbewegung und COSATU treffen.

Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)

• USA:

New York

Termin: 29. Sept. - 12. Okt. 03 / ca. 650,- Euro
Thema: Medien, Macht, Politik

Genauso wie das Wissen über die USA und die us-amerikanische Gesellschaft überhaupt, fußt das Wissen über die us-amerikanische Linke oft auf dem Hörensagen und weit verbreiteten Gerüchten. Tatsächlich ist diese Linke mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert, wie dem eingeleiteten Zwei-Parteien-System und den Medien, die außer Boulevard-Journalismus nur wenig Serioses zu bieten haben und die Linke (wenn überhaupt) nur als Spinner behandeln. Schließlich aber auch die Linke selbst, der die durchgängige Tradition einer Arbeiterbewegung fehlt und die sich deshalb fast ausschließlich lokal organisiert. Mit diesem ganzen Themenkomplex wollen wir uns auf der Reise beschäftigen. Daneben kommt auch das touristische Programm nicht zu kurz.

Neoliberale Globalisierung

Public services under public control!

Das General Agreement on Trade in Services (GATS) ist ein multilaterales Abkommen der Mitgliedstaaten der World Trade Organisation (WTO) und regelt die Liberalisierung des Handels mit öffentlichen Dienstleistungen. Das GATS ist kein einmal fertig abgeschlossener Vertrag. Es ist vielmehr ein Rahmenabkommen, das im Sinne der fortschreitenden Liberalisierung fortentwickelt wird und die Möglichkeit hat, weitere Bereiche zu übernehmen. Mittlerweile ist das GATS sehr umfangreich und betrifft lebenswichtige Bereiche des Dienstleistungssektors wie Energie- und Wasserversorgung, medizinische und soziale Dienste, Versicherungen und Banken, Tourismus und Transport sowie Bildung und Kultur. Im Jahr 2000 begann die WTO mit einer Neuverhandlung des GATS, die bis Ende 2004 abgeschlossen sein soll. Grund genug, einmal genauer hinzuschauen.

Grundsätzlich gilt, dass alle WTO-Verträge für die WTO-Mitgliedsstaaten uneingeschränkt bindend sind und bei Verstoß bzw. Rechtswidrigkeit das Streitschlichtungsgremium der WTO das effektive Mittel hat mit Strafzöllen zu sanktionieren. Im Prinzip verpflichten sich die 144 Mitgliedstaaten, beim Handel mit Dienstleistungen ausländische mit inländischen Anbietern gleichzustellen und Handelsbeschränkungen abzubauen. Dies bedeutet, dass staatliche Subventionen oder Steuervergünstigungen für öffentliche Dienste im gleichen Maße auch ausländischen Privat Anbietern angeboten werden müssen. Handelshemmnisse sollen mit dieser Regelung rapide abgebaut werden, um den Markt unter profitabelsten Bedingungen weiter zu öffnen. Einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen können faktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Somit ist GATS ein wichtiger Bestandteil des neoliberalen Globalisierungsprozesses im Dienste der weltweiten Vernetzung von Wirtschaft und der Herstellung eines Weltmarktes mit großer Mobilität des Kapitals zur Schaffung maximaler Profite.

Problematisch ist, dass sich die Verhandlungen durch einen deutlichen Demokratie- und Transparenzmangel in allen WTO-Verhandlungen auszeichnen, die nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Hauptprofiteure und gleichzeitig Aktionäre



des neuen GATS-Regimes sind eine Gruppe von Dienstleistungskonzernen, die entschlossen sind, ihren gigantischen globalen Handel unter Anwendung des Konkurrenzprinzips und der Marktgesetze zu expandieren und öffentliche Dienste weltweit zu liberalisieren. In diesem Sinne ist das GATS v.a. ein Machtinstrument zu Gunsten der multinationalen Konzerne, die nicht zwangsläufig darauf achten, inwiefern das Produkt ökologischen und gesundheitlichen Standards dient oder unter welchen Arbeitsbedingungen dieses Produkt hergestellt wurde. Ökologische und soziale Normen fungieren nicht selten als störende Faktoren, wenn sie nicht kapitalistischen

Profitinteressen entsprechen.

Mit dem GATS werden soziale Ungerechtigkeiten verschärft, Bedingungen für Chancengleichheit auf allen Ebenen verschlechtert und Solidarsysteme ausgehöhlt, da Privatunternehmen lediglich an kapitalistischer Profitmaximierung interessiert sind und sich nicht dem „Allgemeinwohl“ verpflichtet sehen. Diese Politik der grenzenlosen Deregulierung schränkt die innerstaatlichen Regelungen mit ihren verbindlichen Rahmenlinien ein.

Nun gehört es zum Wesen der öffentlichen Dienstleistungen, dass sie vom Staat finanziert werden, d.h. wichtige regulierende Maßnahmen werden untergraben und somit kommt besonders die soziale Funktion staatlicher Dienstleistungen in vielen Bereichen zu kurz. Der globale Dienstleistungshandel greift hiermit massiv in demokratische Steuerungsmöglichkeiten ein, da jegliche Kontrolle und Gestaltung bei Entscheidungen durch die Zunahme der Rechte für Privatunternehmen zunichte gemacht werden. Der Entdemokratisierungsprozess des GATS steht somit im Dienste der mächtigen Konzerne, die „Welt zu einer Ware“ zu machen.

-Teresa Goepel

Die „größte Nervensäge Lateinamerikas“ ist noch nicht am Ende

Hugo Chávez, Präsident von Venezuela, ist eine schillernde Figur. Er gilt als Draufgänger ohne politisches Feingefühl, als Traumtänzer, Despot und neuer Fidel Castro. Eine Einschätzung seiner Arbeit ist schwierig. Die antiemanzipatorischen Kalküle seiner Gegner machen den General jedenfalls nicht automatisch zu einer Verkörperung von Demokratie und Emanzipation.

1998 als „Anwalt des Volkes“ angetreten, um Korruption, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, blieb Chávez' Politik zwiespältig. Einerseits wurden Landreformen begonnen, das Recht auf Nahrung und die Menschenrechte in der Verfassung verankert, eine vom Volk gewählte „moralische Gewalt“ mit beachtlichen Kompetenzen eingerichtet und die Volksabstimmung institutionalisiert. Auf der anderen Seite steht der Demokrat: Für seine politischen Ziele scheint ihm jedes Mittel recht. Nach seiner Wahl 1998 erweiterte er die Befugnisse des Präsidenten und sicherte sich quasi die Alleinherrschaft. Er duldet weder innerparteiliche, noch andere Opposition.

Im April 2002 wurde Chávez selbst Opfer eines Putschversuchs, aus dem er allerdings zunächst gestärkt hervorging. Auslöser war die Suspendierung des übermächtigen Vorstands der Erdölgesellschaft PDVSA, der bis dahin durch Kräfte aus dem alten, korrupten Establishment gestellt wurde. Chávez' Versuch, die Kontrolle über den Ölsektor zu erlangen, wurde mit einem Streik der oppositionellen Gewerkschaft beantwortet. Anstatt einzulernen, provozierte Chávez einen Aufstand, indem er für alle Streikenden Nachfolger benannte. Daraufhin riefen der Dachverband der Gewerkschaften und der Industriellenverband Fedecámaras zum Generalstreik auf. Die streikenden Gruppen aus der Mittel- und Oberklasse forderten die Absetzung des Präsidenten. Bei einer Massendemonstration gegen Chávez wurden zahlreiche Menschen auch auf Seiten der Regierung Anhänger getötet oder verletzt. Pedro Carmona, bezeichnenderweise damaliger Präsident von Fedecámaras, ernannte sich zum neuen Präsidenten. Sofort

ließ er zahlreiche Gesetze außer Kraft setzen, Abgeordnete festnehmen und Richter suspendieren. Chávez wurde unter Arrest gestellt. Die US-Regierung, welcher der Linkspopulist seit jeher ein Dorn im Auge ist, beglückwünschte die Übergangsregierung zu ihrem Sieg über die Diktatur. Doch tausende Demonstranten fordern zwei Tage später, den vom Volk gewählten Präsidenten freizulassen und verhalten Chávez zu einem triumphalen Wiedereinzug in den Präsidentenpalast.

Seit dem Putschversuch hat es zahlreiche erfolglose Vermittlungsversuche zwischen Regierung und Opposition gegeben. Nach einem weiteren Generalstreik Ende 2002 ließ Chávez 9.000 streikenden Erdölarbeitern kündigen. Seitdem kann das alte Förderniveau - von dem die USA als Hauptabnehmer abhängig sind - nicht mehr erreicht werden. Pro Tag des Stillstands verliert die Wirtschaft 50 Millionen Dollar.

In Venezuela herrscht verkehrte Welt: Die Streiks sind eine Sache der Oberklasse. Die Unternehmensleitung und die Ingenieure der Erdölgesellschaft befinden sich im Ausstand, private Schulen, Banken und US-amerikanische Fastfoodketten schließen sich an. Dagegen funktionieren solche Betriebe, die von Arbeitern abhängen, wie öffentlicher Nahverkehr und die Infrastrukturversorgung, reibungslos. Beschlossen werden die Streiks von eben jenen Gruppen, die die privaten Medien mittlerweile dominieren und der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild über die Lage im Land und die angebliche Befreiung der Venezolaner von der „Diktatur“ durch die „demokratische Volksbewegung“ liefern.

Zwar hat die Streikbewegung am Ende zum

Austausch der alten Führungskader der Erdölgesellschaft geführt; doch auch die Welle der Solidarität mit Chávez ist vorbei. Er muss nun dafür sorgen, seiner revolutionären Rhetorik wirklich demokratische Maßnahmen an die Seite zu stellen, die auf die steigende Arbeitslosigkeit und Inflation reagieren und Ernst machen mit der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Sonst riskiert er, den Massen, die ihn im April letzten Jahres zurück ins Amt verholten haben, eine wirkliche Begründung für seine Absetzung zu liefern. Und über diese hätte niemand, als die venezolanischen Wähler zu bestimmen!

- Lena Schulz zur Wiesch



Internationales Demonstrationsrecht - nein danke?

Böse Kinder bekommen Hausarrest

Internationale Großdemonstrationen sind heute ganz normal. Aus- oder Einreiseverbote für Leute, die an solchen Demos teilnehmen wollen, leider auch. Erstmals im Sommer 2000 anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua in großem Stil angewandt, sind solche Verbote seitdem fester Bestandteil der polizeilichen Präventivmaßnahmen zum Schutz der "Inneren Sicherheit". Damit werden die Grundrechte auf Freizügigkeit und Demonstrationsfreiheit in nicht zu legitimierender Weise ausgehebelt.

Damit ein Aus- oder Einreiseverbot ausgesprochen werden kann, genügt schon, dass die betroffene Person in einer der Datenbanken gespeichert ist, die von den Grenzschutzbehörden vor internationalen Demos regelmäßig abgefragt werden. Dazu gehört auch die sog. "Gewalttäterdatei" des Bundeskriminalamtes, in die u.a. alle Personen aufgenommen werden (können), die auf einer Demo schon einmal "aufgrund unfriedlichen Verhaltens polizeilich in Erscheinung getreten" sind und bei denen der Verdacht besteht, sie werden zukünftig eine "Straftat von erheblicher Bedeutung" begehen. Faktisch wird dieser Verdacht abstrakt unterstellt: Die Aufnahme in die Datei erfolgt regelmäßig schon, wenn einmal ein Platzverweis erteilt wurde.

Rechtlich sind solche Aus- oder Einreiseverbote nicht haltbar. Selbst wenn man sich auf die Sichtweise der Polizeibehörden einlässt und unterstellt, dass ein früheres Verhalten eine künftige Sicherheitsgefährdung darstellt und der Grenzübergang verweigert werden darf, kann dies nur gelten, wenn die betroffene Person rechtskräftig wegen einer einschlä-

gigen Straftat verurteilt worden ist. Wurde aber nur ein Ermittlungsverfahren eröffnet bzw. gar wieder eingestellt, kann damit keine Grundrechtsbeschränkung gerechtfertigt werden. Gerade das ist aber gängige Praxis. Da hilft es herzlich wenig, wenn die Rechtswidrigkeit nachträglich und folgenlos durch Gerichte festgestellt wird. Neben dieser illegalen Praxis ist auch die bestehende Rechtslage inakzeptabel. Sie ermöglicht das Verbot des Grenzübergangs allein wegen eines Verdachts, wegen der Einstufung als Sicherheitsrisiko. Menschen wird aufgrund ihres früheren Verhaltens die zukünftige Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte verwehrt - so einfach kann der Entzug von Grundrechten sein.

Eingeführt wurde das deutsche Gesetz hierzu anlässlich der Ausschreitungen von Hooligans bei der Fußball-WM 1998. Öffentlich kritisiert wurde das damals kaum. Auch mancher Linker hätte da besser erst nachgedacht und nicht schadenfroh gegrinst, wenn die Sicherheitsapparate Freiheiten anderer einschränken, die man selbst ganz gerne behalten würde.

Mittlerweile sind auch andere EU-Mitgliedstaaten

dem deutschen Beispiel gefolgt und die nationalen Datenbanken sind über das SIS (Schengener Informations-System) an jeder Grenzkontrolle und von allen Kriminalpolizeien europaweit abrufbar. Damit unterstützt die EU die Aushebelung des Demonstrationsrechts anstatt die Rechte ihrer Bürger zu schützen, wie es ihre Aufgabe wäre. Denn die europäische Verfassung und die Grundrechte-Charta der EU bestimmen unmissverständlich, dass den Unionsbürgern Freizügigkeit in der gesamten EU und das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit garantiert ist.

Mal wieder gilt: Freiheit stirbt mit Sicherheit.

-Danielle Herrmann

Gastbeitrag des *Mouvement des Jeunes Communistes France (MJCF)* der französischen Partnerorganisation von JD/JL

„Die Globalisierung der Solidarität“

Angesichts der Vielschichtigkeit und Komplexität der Probleme auf dem gesamten Globus setzt das *Mouvement des Jeunes Communistes France* eigene Schwerpunkte. Ziel ist es wichtige, aktuelle Fragen zu behandeln, die die Jugendlichen interessieren. So führte MJCF in den letzten Jahren Kampagnen für die Abschaffung der Todesstrafe (anlässlich einer breiten Mobilisierung für Mumia) und zum Nord-Süd-Konflikt durch. Seit dem vergangenen Kongress liegt der Schwerpunkt auf der Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten. Neuerdings nimmt natürlich der Kampf gegen den Irakkrieg die Hauptrolle ein.

Die Jeunes Communistes versuchen, internationale Fragen mit der innenpolitischen Situation in Frankreich zu verbinden und die wirkungsmächtigen Herrschaftslogiken zu entlarven. Auch hier ist es Ziel, dass Jugendliche sich über die bestehenden Ungerechtigkeiten bewusst werden und erkennen, dass es notwendig ist Politik zu machen, um Zusammenhänge zu verstehen und die Gesellschaft zu verändern. Heutzutage ziehen die immergleichen neoliberalen Konzepte überall zerstörerische

Folgerscheinungen nach sich. Sie führen zu Massenentlassungen in Europa und verwehren der afrikanischen Bevölkerung den Zugang zu Medikamenten. Im Gegenteil muss klargestellt werden, dass es unmöglich ist, Fortschritt für die Menschheit durch Konkurrenz zwischen Individuen oder Bevölkerungen zu erreichen. Langfristig kann sich die Situation jedes einzelnen nicht auf Kosten anderer verbessern. Der kapitalistischen Globalisierung, deren Ziel es ist, die Menschen zu spalten und ihnen vorzugaukeln, dass die Lösung ihrer Probleme in der 'Eigenverantwortung' zu suchen sind, setzen wir eine andere Globalisierung entgegen: Die Globalisierung der Solidarität.

Somit sind wir darauf aus, das Gefühl Teil einer gemeinsamen Welt zu sein unter den Jugendlichen stärker zu verankern. Denn wenn ein Volk neue Rechte erkämpft, nützt dies der gesamten Menschheit und hat Auswirkungen auf unsere Lebenssituation.

- Dominique Jasse (MJCF); Übersetzung: Kolja Möller

vom 4.-6. Juli 03 in Bochum

SPEKTAKEL zu Privatisierung



Infos und Anmeldung bei:

JD / JL NRW, Hermerstr. 79,
44791 Bochum
Tel: 0234 / 5796 - 7849
Fax: 0234 / 5896 - 7850
email: info@jungdemokratinnen.de

Materialien
Folgende Materialien könnt Ihr in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Ausfüllen, ausschneiden und abschicken!

Infopakete
Mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen und Plakaten.

tendenz
Zu folgenden Schwerpunktthemen sind tendenzen beziehbar:
kein mensch ist illegal
Europa
Gegen Arbeitszwang
Asylrecht
Rüstungsexporte und Menschenrechte
Kritik der „wehrhaften Demokratie“
Antifaschismus
Innere Sicherheit
Globalisierung

„Mit Sicherheit rassistisch“
Flugblatt „Keine Alternativen: § 129b StGB abschaffen!“
Flugblatt „Ich weiß, wen du letzten Sommer unterstützt hast ... Datenschutz ade?“
Flugblatt „(Un)Heimlich rassistisch - der permanente Ausnahmezustand“

Flugblatt „Abschottung total - die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts“
Flugblatt „Residenzpflicht abschaffen!“

„GATS stoppen!“
Faltblatt „Public services under public control!“
Faltblatt „GATS macht durstig“
Faltblatt „GATS macht dumm“
Mini-Button „GATS stoppen!“ (0,50€)

„deportation class“
sondertendenz Antirassismus
Faltblatt „bording information“ - Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?
Faltblatt „Die schönsten Ziele in der deportation class“
Faltblatt „Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung“
Plakat „deportation class“ (0,50€)

Handbücher
kein mensch ist illegal! - Handbuch gegen Abschottung & Ausgrenzung (3€)
Gegen Arbeitszwang und Billigjobs (2€)
Freiheit stirbt mit Sicherheit! Handbuch gegen Überwachung (3€)
Tipps und Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (2€)
Brochure gegen Totschlagargumente - Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50€)

Give the feminist a cigarette - Feminismushandbuch (4€)

Regelmäßig neu
Schlagloch - Zeitung des Landesverbandes NRW
Zündstoff - Zeitung der Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
blatt - Zeitung des Landesverbandes Berlins
LiSA-Zeitung - Zeitung der linken SchülerInnen
Aktion Berlin
RadZ - Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

Plakate & Mini-Buttons & Aufkleber
Zu vielen verschiedenen Themen in der Bundesgeschäftsstelle zu bestellen.

Flugblätter
Gegen den Irak-Krieg und das halberzige Nein der Bundesregierung!
Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg
Gesundheit ist keine Ware?
Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!
Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!
Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Weitere Flugblätter zu vielen verschiedenen Themen findet Ihr im Internet unter www.jdl.org

• Frankreich: Paris

Termin: 30. Sept. - 10. Okt. 03 / ca. 250,- Euro
Thema: Mit transnationalen Protesten gegen den globalen Kapitalismus

In Frankreich ist die globalisierungskritische Bewegung anscheinend stärker und mächtiger als in Deutschland. Nicht zuletzt wurde hier das Netzwerk ATTAC ins Leben gerufen. Selbst Teile der akademischen und politischen Eliten kritisieren die derzeit stattfindenden Globalisierungspolitiken. Auf der anderen Seite schürt die politische Rechte sowie die aktuelle Regierung Sicherheitspaniken und Ausländerfeindlichkeit. Gemeinsam mit Gruppen vor Ort wollen Perspektiven linker Globalisierungskritik diskutieren und uns die innenpolitische Situation in Frankreich genauer ansehen.

• USA: San Francisco

Termin: Herbst 03 / ca. 750,- Euro

Angesichts des Irak-Kriegs entsteht auch in den USA eine neue Friedensbewegung, die sich z.T. auch mit globalisierungskritischen Inhalten beschäftigt und eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft einfordert. Schon die antiautoritäre Revolte von 1968 - maßgeblich bestimmt von Aktionen des amerikanischen SDS (Students for Democratic Society), dessen Hauptzentrum die "University of California, Berkeley" nahe San Francisco war - verknüpfte verschiedene soziale Bewegungen mit einander. Damals vereinigten sich das "Civil-Rights-Movement" gegen die Diskriminierung von Schwarzen mit den Protesten gegen den Vietnam-Krieg und der Kritik von Studierenden, die den autoritären Charakter von Hochschule und Gesellschaft insgesamt in Frage stellten.

Wir wollen uns vor Ort mit verschiedenen Gruppen über die Geschichte und Gegenwart von Gesellschaftskritik in den USA unterhalten.

Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)

• Peru

Termin: Frühjahr 04 / ca. 750,- Euro

Nach der „demokratischen Transition von unten“ im Herbst 2000, geriet dieser Prozess wieder ins Stocken und große Teile der zivilgesellschaftlichen Initiativen verschwanden wieder in der Bedeutungslosigkeit. Die peruanische Linke ist sektiert und infrastrukturell minderbemittelt. Zwar ist die Repression außerparlamentarischer Opposition überwunden, dennoch ist man weit davon entfernt, ihr im politischen Geschäft Aufmerksamkeit zu schenken.

Unsere Partner in Lima und Ayacucho nehmen uns mit in ihren Alltag und lassen uns an ihren Projekten teilhaben, wie den Demokratisierungsprozessen nach Jahrzehnten politischer Mißwirtschaft und der Aufarbeitung der Ära des Leuchtenden Pfades und seiner brutalen Zerschlagung durch die Streikkräfte und Paramilitärs. Die 2001 eingesetzte Wahrheitskommission soll bei der gesellschaftlichen Konsolidierung helfen.

Außerdem:

• Russland: Moskau

Termin: Sept. / Okt. 2003 / ca. 390,- Euro
Weitere Infos in der Bundesgeschäftsstelle

Hinweise

Zu jeder Reise könnt ihr ein Faltblatt mit weiteren Informationen in unserer Geschäftsstelle bestellen. Die Fahrten sind in der Regel auch für SchülerInnen und StudentInnen erschwinglich, da für die meisten Reisen Zuschüsse beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Kommission beantragt worden sind. Die Angaben zu den Teilnahmebeiträgen sind vorläufig. Der Teilnahmebeitrag deckt i.d.R. Reisekosten, Programm und Unterkunft, einen inhaltlichen Vorbereitungsreader und regelmäßig auch ein Vorbereitungsseminar. Mitfahren können alle, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die Teilnehmenden müssen weder die Landessprache beherrschen, noch SpezialistInnen sein, weder für das Thema, noch für das Gastland. Mitgliedschaft bei JD/JL ist keine Teilnahmevoraussetzung. Jetzt anmelden, auch für die Reisen der VSB e.V., über:

JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: 030-440 248 64
Fax: -66, bgs@jdl.org



Jahrestage-Tagung der JD/JL in Bochum stattgefunden

„Wie wir wurden, was wir sind“

"20 Jahre Parteiunabhängigkeit, 10 Jahre Vereinigung mit der „Marxistischen Jugendvereinigung – Junge Linke" – aus diesem Anlass veranstalteten JD/JL eine Tagung in Bochum zu der ca. 100 JungdemokratInnen und „AltdemokratInnen kamen. Neben einem Rückblick auf die eigene Geschichte wurde insbesondere die Entwicklungen im Bereich von Grund- und Freiheitsrechten und Militarisierung der Politik nachgezeichnet.

So folgte auf ein Einführungsreferat zur Geschichte der JD/JL durch die inzwischen ausgeschiedene Bundesvorsitzende Danielle Herrmann ein Referat von Rolf Gössner zum Abbau von Grund- und Freiheitsrechten seit Ende der 70er Jahre. Eine anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete die verschiedenen Positionen zum Umgang mit Parteien und Parlamenten durch die JungdemokratInnen verschiedener Generationen. Eine weitere Runde beschäftigte sich schließlich mit dem Verhältnis der JungdemokratInnen zu außerparlamentarischen Bewegungen, also der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, dem Widerstand gegen die Volkszählungen in den 80er Jahren und die globalisierungskritische Bewegung.

Zwei Punkte bestimmten die Diskussionen: insbesondere die „Oldies" diskutierten gern und lebhaft das Verhältnis zu den Grünen und deren Entwicklung. Den Jüngeren war diese Auseinandersetzung ein wenig fremd, schließlich hat unsereins die Grünen schon als „Fischer-Truppe" kennen gelernt. Die Entwicklung der Grünen seit 1994 hatte deutlich gemacht, dass sie als parlamentarischer Ansprechpartner radikaldemokratischer Politik wegfallen. Doch zeigte die Diskussion nicht nur die Unterschiede zwischen „Alt" und „Jung", sie machte auch deutlich, wie sehr politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, der Rahmen, in dem eine außerparlamentarische Organisation Politik machen kann, sich im Laufe von zwei Jahrzehnten

wesentlich verschieben können.

Der zweite Punkt war nicht planbar: Anfang Februar stand der Krieg gegen den Irak bereits kurz bevor, keine nüchterne Analytikerin hätte zu dem Zeitpunkt behauptet fast niemand glaubte zu diesem Zeitpunkt mehr, er könnte noch verhindert werden. Hier wurde aber vielleicht die Entwicklung der JungdemokratInnen besonders deutlich: während die jüngeren und noch aktiven JD/JLerInnen auch den Krieg gegen die BR Jugoslawien ablehnten, waren die „Ehemaligen" geteilter Meinung. Ein paar der Aktiven fühlte sich an die Diskussion mit den Friedensbewegten heutzutage erinnert: man hat den Eindruck, hätte die BRD sich auch am Irakkrieg beteiligt und wieder den Sermon von der „Menschenrechts-Intervention" erzählt, hätte der Verteidigungsminister wieder erschreckende Bilder im Bundestag hochgehalten, hätten ehemalige linke Intellektuelle wieder was von „KZ" und „Rampe" daherfabuliert und die Reihe „Auschwitz-Srebrenica-Racak" um „Halabja" und „Basra" erweitert, wäre in Deutschland wieder niemand auf die Straße gegangen. Für diese schien vor allem die Begrifflichkeit wichtig zu sein: der Angriffskrieg gegen die BR Jugoslawien war eine „humanitäre Intervention", der Krieg gegen den Irak v.a. ein völkerrechtswidriger Angriff der Supermacht USA. Ob es bei entsprechender medialer Aufbereitung eine größere Zustimmung zum Irak-Krieg gegeben hätte, muss allerdings Spekulation

bleiben. Für Diskussionsstoff war also gesorgt.

Auch an diesem Punkt zeigte sich also, wie die allgemeine historische Entwicklung auf die Linke insgesamt wirkt. Leider kam der Punkt in der Geschichte der JD/JL, an dem man diese Entwicklung vielleicht am besten hätte thematisieren können, viel zu kurz: nämlich die Vereinigung der damaligen „Deutschen Jungdemokraten" mit der „Marxistische Jugendvereinigung – Junge Linke" 1992 zu den Jungdemokraten/Junge Linke. Denn gerade in dieser Zeit verschoben sich einige Parameter der deutschen Politik, und eine Auseinandersetzung damit wäre sicherlich spannend gewesen. Wir hoffen, dass dies in einem anderen Rahmen vielleicht noch gelingen kann.

- Dirk Burczyk

das linke Camp... zur rechten Zeit

1. - 10. August 2003
an der Ostsee

www.linkessommercamp.de
JungdemokratInnen/Junge Linke

Anzeige

Die ewige Wiederkehr des Religiösen

Kongress zur Untersuchung der Auswirkungen von Religion und Esoterik in Erziehung und Bildung

vom 22. bis 25. Mai 2003
an der Universität Trier

Vorträge, Diskussionen, Workshops, u.a. mit folgenden Themen und ReferentInnen

Donnerstag, 22.5.2003: Jugend und Okkultismus

Freitag, 23.5.2003: Esoterische Psychosoziale und der Kult der Unmündigkeit (Colin Goldner) → Der weltanschauliche Hintergrund der Montessori-Pädagogik (Wolfgang Proke) → Der neue Mensch des New Age: Im Einklang mit Volk und Führer (Claudia Barth)

Samstag, 24.5.2003: Esoterik – rationale Irrationalität als Folge der irrationalen Rationalität unserer Gesellschaft (Maria Wollfingseder) → Curriculum und Karma: das Erziehungsmodell der Steinerschen Anthroposophie (Klaus Prange) → Ist christliche Erziehung noch verantwortbar? (Frank Buggle)

Sonntag, 25.5.2003: Abschlussdiskussion: Ausbildung und Education vor dem Hintergrund von GATS

Weitere Infos & Anmeldung: Forum Demokratischer AtheistInnen, www.fda-kongress.de, Email: fda@uni-trier.de, Fon 0651-998 68 28, Fax 0651-998 68 29

Unterstützt durch MIZ – Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistInnen

Tagung

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Der permanente Ausnahmezustand seit dem 11. September

Samstag, 28. Juni 2003
Interkulturelles Zentrum Mainz

Anmeldung + weitere Informationen unter:
www.jd-jl-rfp.de
info@jd-jl-rfp.de

Coupon

☐ Ich will mehr über euch wissen!

☐ Schickt mir euer Seminarprogramm!

☐ Ich will aktiv werden!

☐ Ich möchte über Aktionen/ „radikal reisen" informiert werden.

☐ Ich möchte lesen. Umseitig meine Bestellungen.

☐ Schickt mir doch weitere Informationen zum Thema:

Name, Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____ eMail: _____

Alter: _____ Tätigkeit: _____

Send to: JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Fax: (030) 440 248 66, e-mail: infos@jdjl.org

Hinweise zum Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an einen unserer Landesverbände bzw. Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist auf jeden Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und/oder die Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Absenden des Coupons erklärst du dich damit einverstanden.

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

konsequent außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen – im Gegensatz zur herrschenden Ideologie – keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluss begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:

tendenz – Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband)
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 030-440 248-64, Fax: -66
bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Redaktion: Alex Wagner (Vi.S.d.P.), Geraldine Hohn, Stefanie Janczyk, Jan Latza, Lena Kreck, Kathrin von Randow, Daniel Wesser
Gestaltung: Maya Schein & Daniel Leisegang
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig abgehändigt ist.
tendenz kostet im Ab 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.